GEGEN EIN EUROPA DER REICHEN

Grenzen auf für alle!
Für selbstbestimmtes Leben!



Nr. 146

9. Mai 1991

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM



Liebe Leserinnen und Leser,
die zwei Stellungnahmen zur diesjährigen 1.Mai-Demo regen hoffentlich die gewünschte und auch notwendige Diskussion über die aufgeworfenen fragen an.Zur Ergänzung dazu sind Redebeiträge von der Demo abgedruckt. weitere Schwerpunkte sind die situation der politischen Gefangenen, Papiere zur Umstrukturierung (in) der Stadt und Kurdistan/Palästina. Die reihe "Kritik an der Interim-Redaktion" wird mit einem weiteren Beitrag fortgesetzt. Im letzten vorwort hatten wir etwas ausführlicher Stellung genommen

P.S.: Confiserie tut gut!

Inhaltsverzeichnis

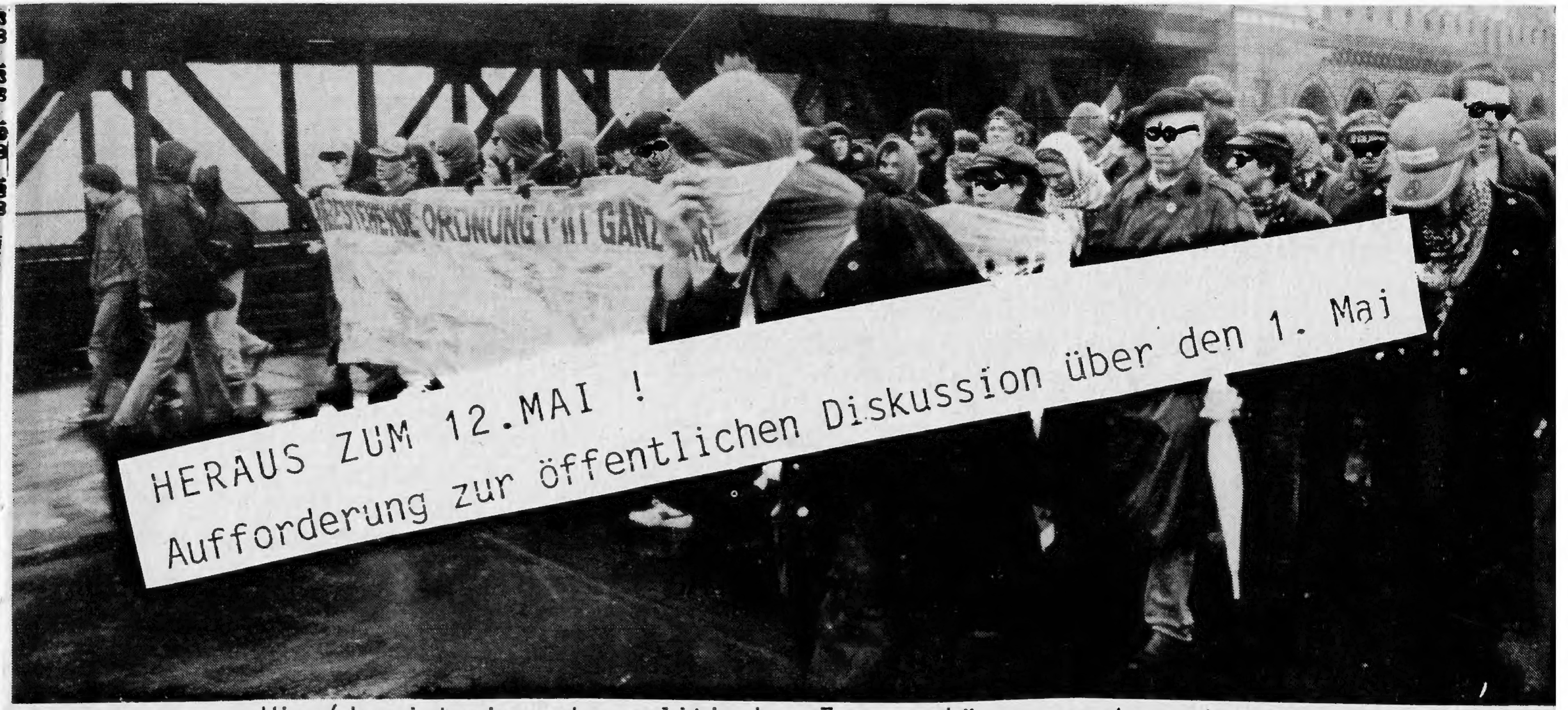
IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Wir (das ist einer der politischen Zusammenhänge aus der autonomen Bewegung) rufen auf zu einer öffentlichen Diskussion über den letzten 1. Mai. Das 1.Mai-Plenum ist auch herzlich eingeladen!

Soweit wir rauskriegen konnten, das hat 1.Mai-Plenum sich entschieden, von sich aus nicht zu einer Nachbereitungs-VV einzuladen, sondern die Ereignisse erst in kleinerem Kreis zu diskutieren und später mit den Ergebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen. Das Verhalten der TeilnehmerInnen der letzten VV, am Montag vor dem 1.Mai, war ihnen zu passiv; eine Diskussion kam trotz ihrer guten Vorbereitung nicht zustande. Auf solche VV's, auf denen die Anwesenden nur darauf warten, die Diskussionsergebnisse und Entscheidungen der vorbereitenden Gruppen mitgeteilt zu bekommen, haben diese keine Lust mehr und sie sehen offenbar auch keinen Sinn mehr darin.

Das finden wir verständlich, aber letztlich die falsche Konsequenz. Deshalb ergreifen wir jetzt die Initiative. Wir denken, die Einrichtung der Vollversammlung (vielleicht besser nur: "öffentliche Versammlung", denn was heißt hier "voll"? Das klingt nach Mitgliedschaft, und wir sind immer nur ein Aisschnitt aus einer nicht eingrenzbaren Bewegung) ist eine Form unserer Organisierung und darf nicht einfach aufgegeben werden, nur weil wir sie im Augenblick schlecht zu nutzen verstehen.
Die öffentliche Zugänglichkeit unserer Diskussionen ist eh schon schwer genug und viele klagen darüber, daß die entscheidenden Diskussionen in irgendwelchen "ZK's" stattfinden, und fühlen sich davon ausgeschlossen.

Natürlich kann so eine öffentliche Versammlung die sorgfältigeren und ruhigeren Diskussionen im kleineren Kreis nicht ersetzen. Wir denken aber, daß sie zwei Funktionen haben kann, die wir durch eigene Initiative auch verteidigen sollten.

1. Nach "Ereignissen": Das Sammeln von Eindrücken und ersten Einschätzungen aus möglichst vielen verschiedenen Zusammenhängen und Spektren, einfach eine Gelegenheit für alle, die das Bedürfnis danach haben, zu sagen, was ihnen gestunken hat und was sie toll fanden. Also eine Aussprache, keine Analyse mit dem Ziel einer gemeinsamen Auswertung, das wäre sicher zu viel erwartet.

2. Vor "Ereignissen": Die letzte Entscheidung darüber, wie wir uns verhalten, wie wir vorgehen wollen. Vorbereitende Gruppen (wie hier das 1.Mai-Plenum) können den "aktiven" Charakter von VV's vielleicht dadurch ein bißchen mehr unterstützen, daß sie sich bewußt darauf beschränken, die verschiedenen Verhaltensmöglichkeiten (Ketten, Vermummung, Reaktion auf Spalier, Demorouten-Änderungen, usw.) vorher durchzudenken und die möglichen Alternativen darzustellen. Entscheiden müssen wir letztlich alle zusammen, weil wir auch alle die Verantwortung dafür übernehmen müssen und die nicht nachträglich irgendwelchen Gremien aufdrücken dürfen, die sich ja auch nur mehr oder weniger zufällig zusammengefunden haben.

Das Abwandern der Entscheidungsprozesse in halb- oder nicht öffentliche, nur noch über Szene-Beziehungen zugängliche Untergruppen wäre das Ende unseres Anspruchs, eine politische Bewegung zu sein. Alle Bemühungen, uns zu organisieren, mit dem Ziel, besser miteinander reden und effektiver handeln zu können, sollten uns nicht in eine Richtung treiben, in der wir nur die alten Fehler vergangener Organisationsansätze wiederholen. Daß wir unsere wichtigste politische Qualität, nämlich die Einheit von entscheidenden und handelnden Subjekten, auf diese Weise nicht leichtfertig verspielen, dafür tragen wir alle die Verantwortung.

Konkret fallen uns außer der Frage, wie die "öffentlichen Versammlungen" vernünftig eingesetzt und inhaltlich gefüllt werden können, noch drei weitere Punkte zum letzten 1.Mai ein, zu denen wir gerne was sagen, bzw. die Meinung von anderen hören würden:

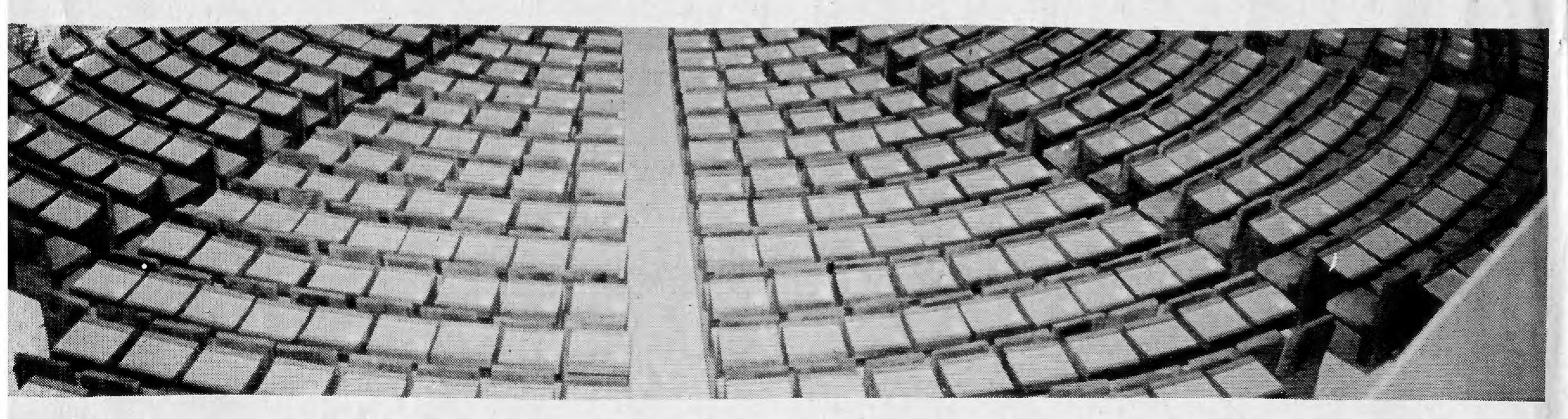
1.Das Verhalten gegenüber der RIM auf dem O-Platz. Nach unserer Einschätzung war die Klopperei mit der RIM notwendig und es sollte sich niemand ein schlechtes Gewissen deswegen machen, etwa, daß wir uns jetzt in den "eigenen Reihen" prügeln. Denn das sind keine "eigenen Reihen" mehr. Oder seht ihr das anders?

2.Zum x-ten Mal und immer wieder: die genauere Bestimmung von militantem Verhalten während der Demo - Angriffe auf FotografInnen, wann und in welcher Weise gerechtfertigt?- Abfackeln von Autos oder anderen Sachen in der Nähe des Kinderblocks z.B. - Steinwürfe, die die eigenen Leute gefährden, usw.) Was haben wir für Möglichkeiten, uns über notwendige, gefährdende oder auch politisch falsche Formen von Militanz zu verständigen? Welche Chancen gibt es, solche Kriterien zu verbreiten und in den konkreten Situationen notfalls auch praktisch durchzusetzen?

3.Die Abend-Randale. Dazu fällt uns nichts mehr ein. Da stehen wir einfach nur noch hilflos daneben. Worum geht es dabei noch? Ein gutes Manöver-Feld für die Bullen und ein billiger Sieg für sie? Oder ist es dieselbe Randale wie vor vier Jahren mit derselben Qualität von Revolte und derselben Berechtigung, nur daß sich eben die Subjekte darin geändert haben? Aber welchen Bezug haben wir als der (mehr oder weniger) organisierte Teil der autonomen Bewegung noch zu den Kräften, die in so einer Situation sichtbar werden? Wir haben zu dem Punkt erstmal nichts weiter als Fragen beizutragen.

Also wie gesagt, wir können erstmal nichts anderes machen, als die Initiative zu übernehmen, daß wir weiter direkt und öffentlich miteinander reden, wenn das 1.Mai-Plenum keine Lust mehr dazu hat, die Verantwortung dafür zu tragen. Kommt alle, die ihr auch ein Interesse daran habt!

SONNTAG, 12.MAI, 20.00 UHR, VERSAMMLUNGSRAUM IM MEHRINGHOF



Auftaktredebeitrag zur 1. Mai Demo

Genossinnen und Genossen,
Antifaschistinnen und Antifaschisten,
Liebe Leute,

Wir haben uns heute hier zum vierten Mal versammelt, um gemeinsam eine revolutionäre 1 Mai Demonstration durchzuführen.

Wir werden durch Kreuzberg und dann nach Friedrichshain gehen.
Warum nach Friedrichshain?

Die politische Situation in Berlin hat sich verändert. Die Mauer ist weg. An dieser Demonstration werden Menschen aus Ostberlin und Westberlin teilnehmen.
Letztes Jahr sind wir durch Neukölln gegangen und viele Menschen haben sich der Demonstration angeschlossen. Wir denken, daß das auch dieses Jahr der Fall sein wird.

Wir finden es wichtig, nochmal daraufhinzuweisen, daß Friedrichshain nicht nur aus besetzten Häusern besteht, sondern, daß da eben auch jede Menge ganz normaler Leute wohnen. Leute, die ebenfalls ein Interesse daran haben, daß ihre Mieten nicht ins Unermeßliche steigen. Menschen, die ebenso wie wir merken, daß die Freiheit der Marktwirtschaft eben nur die Freiheit der Deutschen Bank meint.
Deshalb steht auch auf dem Leittransparent
DIE BESTEHENDE ORDNUNG MIT GANZEM HERZEN BEKÄMPFEN
FÜR EIN HERRSCHAFTSFREIES LEBEN OHNE AUSBEUTUNG WELTWEIT



Wir wollen gemeinsam demonstrieren,
- mit all denen, die sich wehren wollen, gegen Umstrukturierung, Mietexplosion, Rassismus und Sexismus
- mit all denen, die sich nicht mit den Knochen zufrieden geben, die der kapitalistische Fleischtopf für uns übrig läßt
- mit all denen, die nicht gewillt sind, Carsten Detlef Rohwedder eine einzige Träne nachzuweinen.

Viele von Euch haben sicher mitgekriegt, daß es Leute aus besetzten Häusern gab, die NICHT wollten, daß die Demo nach Friedrichshain geht. Darüber haben wir ausgiebig diskutiert und sind zusammen mit den Leuten aus den besetzten Häusern zu dem Schluß gekommen, daß wir es für richtig halten, in den Ost Teil der Stadt zu gehen.
Denn - wenn wir wirklich etwas ändern wollen in dieser Stadt, an diesem System, dann müssen wir das gemeinsam tun. Und dazu gehört auch, daß wir uns in unserer Unterschiedlichkeit ernst nehmen und uns zuhören.
Deshalb wollen wir daß, die revolutionäre 1 Mai Demonstration von hier bis nach Friedrichshain durchgeht und ankommt. Gemeinsam, geschlossen, international, kämpferisch, laut und bunt.

Wir wollen hier und heute nicht mit der Führung des Deutschen Gewerkschafts Bundes demonstrieren, sondern gegen sie.
Das geht nicht gegen die Leute, die auf die DGB Demo gehen. Im Gegenteil wir begrüßen es auf das Schärfste, wenn sich die im DGB Organisierten an der revolutionären 1.Mai Demo beteiligen.
Es geht hir gegen die DGB- Führung, derren Aufgabe es ist, uns ruhig zu halten, die Wogen zu glätten, den Montagsdemonstrationen die Spitze zu nhemen, und den Reichen immer mehr Profite zu garantieren. Die Reden der DGB Bosse, die mit gespaltener Zunge reden, deren Aufgabe es ist, die Widersprüche zuzukleistern, hängen uns zu den Ohren heraus - seit Jahren.
Wenn wir hier auf die Straße gehen, dann deshalb weil wir wissen, daß wenn es hier eine Veränderung gibt, die nur von uns selbst ausgehen kann. Wenn wir die Kraft finden uns selbst zu organisieren - gegen die von oben.

Übrigens
die da oben wollen, daß Berlin wieder Reichshauptstadt wird.
Das heißt, daß 100.000 Beamte und Krawattenträger in diese Stadt drängen werden. D.h. daß Wohnraum noch knapper und noch teurer werden wird, das bedeutet gnadenloser Konkurrenzkampf, das bedeutet das Rausdrängen all jener die nicht in das Bild Weltstadt-Metropolen-Yuppies passen. Das bedeutet,daß der gesamte Innenstadtbereich zum Hochsicherheitsbereich gemacht werden wird.
Wenn ihr da oben das macht, dann versprechen wir euch, dann gibt es jedes Wochenende ein heiteres Abgeordneten- Klatschen in und um Berlin..
In diesem Sinn: wir freuen uns auf den Bundestag.

Heute am 1. Mai werden in vielen Ländern Tausende auf die Straße gehen, gegen die Herrschenden. Von Istanbul bis Manila, von Stockholm bis nach Johannisburg.
Wir hier demonstrieren gemeinsam mit den ausländischen Menschen, die in dieser Stadt leben,
- um dem alltäglichen Rassismus unsere entschiedene Absage zu erteilen,
- um den durch die Wiederbereinigung hochgeschwemmten Nazis unsere geballte Verachtung entgegenzuschleudern,
- um dem deutschen Nationalismus der von Türken raus bis zum Mord an Jorge Gomondai in Dresden ein höchst undeutsches Zeichen entgegenzusetzen,
- um uns mit aller Entschiedenheit gegen die von der Bundesregierung erlassenen Ausländergesetze zu stellen. Diese gesetze, die ausländische Menschen, zu Menschen zweiter Klasse herabwürdigt und die die Ehefrauen ausländischer Männer, zu deren Anhängsel, deren Besitz degradiert

WEHREN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN FASCHISMUS UND RASSISMUS

Wir demonstrieren hier und heute auch gegen Sexismus und Mackertum.
Wir wissen,, daß wenn das keine hohlen Phrasen sein sollen, wir bei uns selbst anfangen müssen. Das reicht von sexistischer Anmache, über machistische Militanz-Potenz, bis zu reaktionären Ideologien, die Frauen an Heim und Herd zurückdrängen wollen.

In dieser patriarchalen Gesellschaft sind die Pornoindustrie, der Paragraph 218, die Zerstörung sozialer Einrichtungen, wie Kindertagesstätten, Mädchen- und Frauenhäusern die Mittel, mit denen der Angriff geführt wird.

WEHREN WIR UNS GEGEN PATRIARCHAT UND SEXISMUS

Es ist auch an diesem 1. Mai so, daß viele von uns, Brüder, Schwestern, Verwandte, Freunde und Genossinnen nicht bei uns sein können. Nicht weil sie nicht wollen, sondern weil die freie Marktwirtschaft sie weggeschlossen hat, in ihre Knäste, ihre Isolationsbunker, ihren Normalvollzug.
Aber wir wissen auch, daß es unsere Leute sind, die in den Knästen kämpfen, gegen das gleiche System wie wir hier draußen.
WIR SIND NICHT ALLE......

Und jetzt noch was zu uns:



Wir wissen, daß wir die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen haben.
Wir wissen, daß wir viele unserer Parolen und Aufrufe viel zu wenig in die Tat umsetzen.
Und wir geben zu, daß wir zur Zeit viel mehr Fragen als Antworten auf die rasanten Veränderungen in unserer Gesellschaft haben.
Aber das heißt noch lange nicht, daß wir den Kopf in den Sand stecken werden. Genausowenig wie es heißen kann, die restlichen 364 Tage sich auf dem 1. Mai auszuruhen.

Denn wir wissen, gemeinsam können wir nach den Sternen greifen
- und wenn wir dann nur einen Mercedes Stern in der Hand haben, dann ist das immerhin ein Anfang.

Und jetzt noch ein Gedicht von Nazim Hikmet

Einzeln und frei wie ein Baum,
brüderlich, schwesterlich und gemeinsam wie ein Wald,
das ist es, was wir wollen,
LEBEN

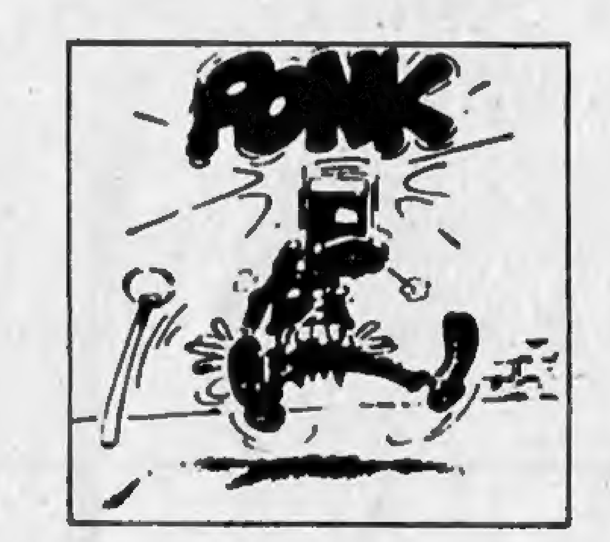
ALLE AUF DIE STRASSE, HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI

Redebeitrag zur 1. Mai Demo

genossinnen und genossen,
wir wollen hier kurz etwas zu den besetzten häusern als politischer faktor und zur situation <u>in</u> den besetzten häusern sagen.

schon seit längerer zeit zeichnet sich eine entwicklung ab,die darauf schließen läßt, daß die besetzten häuser in dieser stadt als politischer faktor keine rolle mehr spielen.

in prenzlberg gibt es bereits keine besetzten häuser mehr nagel freut sich laut taz über die"fleißigen ostbesetzer", die jetzt zu"normalen mietern" geworden sind. die wohnungsbaugesellschaft mitte drohte unverhohlen mit dem abbruch sämtlicher verhandlungen für den fall, daß die neubesetzung der alten schönhauser vor gut zwei wochen bestehen bliebe. in f'hain zeigte sich diese entwicklung zuletzt an den diskussionen über den 1.mai.
nachdem anfangs die demoroute nach f'hain grundsätzlich mit der begründung abgelehnt wurde, eine revolutionäre 1.mai demo sei hier aufgrund mangelhafter gesellschaftlicher verankerung nicht vermittelbar, wurde, als klar war, daß die demo dennoch durch f'hain gehen würde, daran überlegt, wie man die "zugereisten schwäbischen chaoten" davon abhalten könnte, hier "zu randalieren".
in der diskussion zeigte sich ein knallhartes besitzdenken; es wurde von "unseren häusern"/"unserem kiez"und davon gesprochen, daß "wir hier etwas zu verlieren hätten".



die skizzierte entwicklung hat im



wesentlichen zwei ursachen:

zum einen die räumung der mainzer str. und zum anderen, als folge davon, das fallenlassen der forderung nach einer politischen lösung für <u>alle</u> besetzten häuser in berlin.
die militärische niederlage bei der verteidigung der mainzer wurde von vielen besetzerinnen dahingehend gewertet, daß mensch in anbetracht der ohnmacht angesichts der brutalität der herrschenden, nun bei verhandlungen auf bezirksebene retten müsse, was noch zu retten sei.
die militärische niederlage wurde in eine politische transformiert. die argumentation lief dabei so, daß die verhandlerinnen meinten, durch die akzeptanz der ihnen von den schweinen aufgedrückten verhandlungsbedingungen, ihre freiräume schnell absichern zu können, um <u>danach</u> den rücken für politisches handeln frei zu haben. ++
politisches handeln und der unmittelbare kampf um die häuser wurden so von einander getrennt.

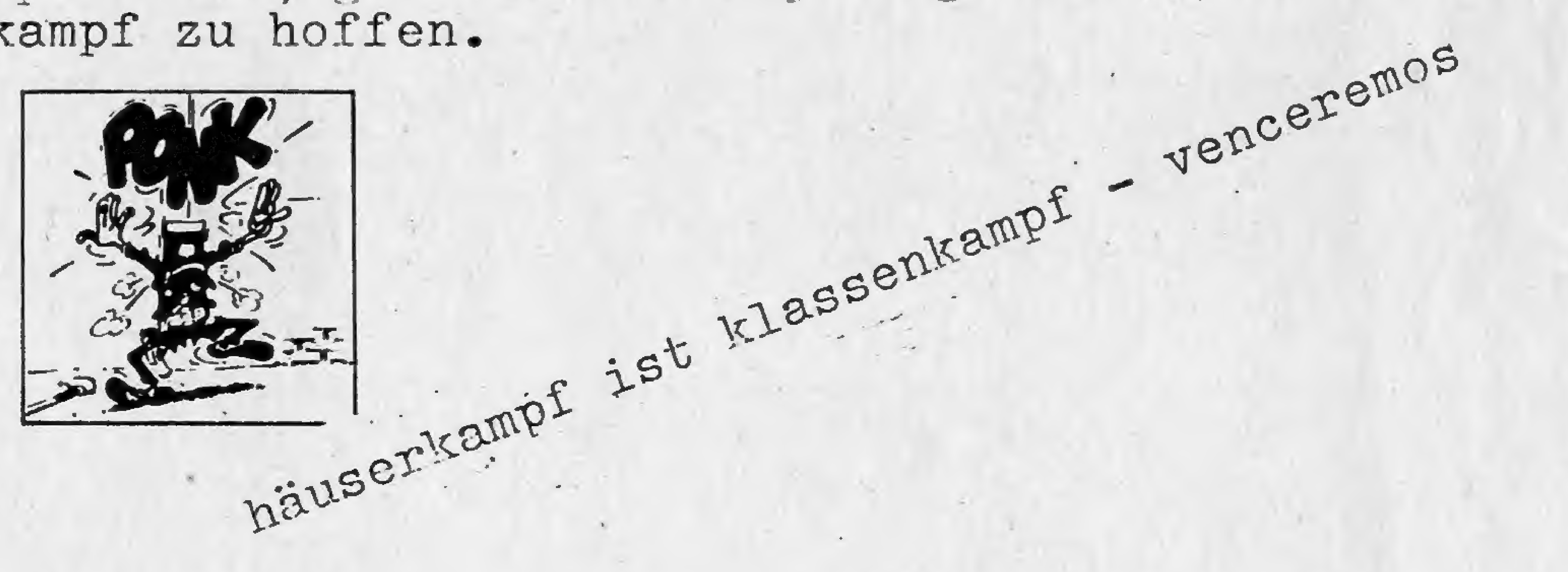
es dauerte demzufolge auch nicht lange, bis stattbau von sich hören ließ.
stattbau, bekannt für integration/befriedung und darüber spaltung der westberliner hausbesetzerinnenszene anfang der 80er, hat bereits die regie über das "öffentliche sanierungsgebiet" im bereich rigaerstr. - bänschstr. - schreinerstr. übernommen, ist also in einem gebiet aktiv, in dem mindestens die hälfte aller besetzten häuser in f'hain konzentriert sind.
eine öffentliche diskussion über die rolle und pläne stattbaus hat bis jetzt trotz mehrfacher anmahnung, nicht zuletzt durch militante aktion, nicht stattgefunden.

++ weder eine nicht-räumungsgarantie für die zeit der laufenden verhandlungen, noch die duldung von neubesetzungen wurde durchgesetzt.

die beschriebene politische situation spiegelt sich natürlich in den häusern selbst wider. die spaltung in verhandler und diejenigen, die unter diesen bedingungen nicht verhandeln wollen, geht quer durch die meisten häuser. während die sog. "nicht-verhandler" meist in der minderheit sind, bildet sich auf der anderen seite ein regelrechtes verhandler-spezialistentum heraus. vor diesem hintergrund ist die feststellung, die in dem flugblatt zur verhinderung der 1.mai demo nach f'hain enthalten ist, nämlich, daß viele, bezirksbürgermeister und baustadträte besser kennen als die menschen im kiez, durchaus zutreffend.
wir wollen den verhandlerinnen nicht unterstellen, bewußt eine entsolidarisierung zu forcieren, sondern lediglich klarstellen, daß sie durch ihr verhalten das entstehen einer starken häuserbewegung nahezu verunmöglicht haben und damit letztendlich auch ihrer eigenen politischen perspektive schaden.

es soll an dieser stelle jetzt allerdings nicht der eindruck erweckt werden, die situation der besetzten häuser sei so verfahren, daß keine entwicklung nach vorne mehr möglich ist. gerade vor dem hintergrund der ökonomischen situation der ddr tragen wir als linksradikale menschen aus besetzten häusern eine große politische verantwortung. wenn wir lediglich unsere teilbereichsinteressen vertreten, können wir dieser verantwortung nicht gerecht werden. wir haben durch die besetzungen praktisch enteignungen vorgenommen; es muß uns jetzt darum gehen, diese kampfperspektive - enteignung - den menschen in der ddr als eine perspektive für ihr eigenes leben näherzubringen.
d.h. nichts anderes, als unsere häuser als druckmittel zur politischen zuspitzung der sich abzeichnenden sozialen konflikte einzusetzen. im bewußtsein der menschen muß sich die vorstellung durchsetzen, daß es möglich ist, den mächtigen etwas abzutrotzen, statt auf faule kompromisse, gesetzliche regelungen oder den sieg im konkurrenzkampf zu hoffen.

in diesem sinne



Stellungnahme 1. Mai

Same procedure as every year?

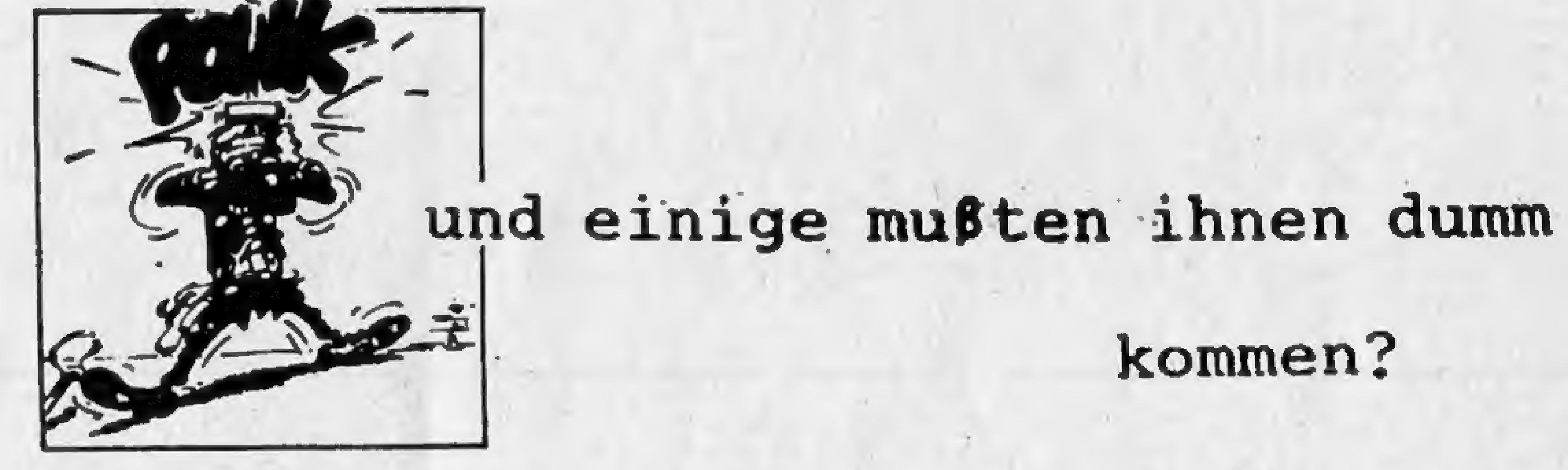
"1.Mai? - Dat is geiler wie Sylvester, ey!" (Jugendlicher, frei zitiert nach Berliner Abendschau vom 2.5.)

Im folgenden möchte ich einige Gedanken zur Wiederaufführung des Erfolgsstückes, das nunmehr in das fünfte Jahr geht, zum Besten geben.

Der **RIM** ist es nicht gelungen, Stalinplakate und Lautsprecherwagen auf der Demo mitzuführen. Ich sehe darin einen Qualitätssprung. Es gibt Beschlüsse von der Vorbereitung und die werden durchgesetzt, Leute überlegen sich konkret, wie das zu machen sei. Trotz einiger Prügeleien artete es nicht in eine Massenschlägerei aus. Nach den endlosen Querelen mit der RIM in der Vergangenheit, war es ein richtiger Schritt, ihr Grenzen zu setzen. Dies geschah öffentlich und offensiv. "Nie wieder Stalin!". Ich hoffe, daß diese Parole künftig zu unserem Minimalkonsens gehört.

Die **Demo** selbst erlebte ich als relativ gelassen und entspannt. Alle reden vom Wetter, wir nicht, trotz Regen waren es über 10.000. Leider waren wir doch sehr grau in schwarz gekleidet. Von unseren ausländischen Genossen können wir noch lernen, wieviel einige Transparente ausmachen.
Warum es während der Abschlußkundgebung losging, weiß ich nicht genau.

Die Bullen standen dumm rum,



und einige **mußten** ihnen dumm kommen?

Da die Polizei unseren Abmarsch mit einigen freundlich gemeinten Ermunterungen begleitete, fanden wir uns unerwartet schnell am Lauseplatz wieder. In Friedrichshain war Ruhe.

Das **Fest** war mit 50 Ständen und ca 4.000 Besuchern ein Achtungserfolg. Auch hier mußte der Beschluß "kein Alk" erst durchgesetzt werden. Ohne Regen hätt's richtig nett werden können. Die Polizei aber kreiste wie die Geier um den Platz.
Wie alles anfing hab ich aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen vernommen. Jugendliche buddelten das Pflaster auf und übten sich im Steineweitwurf. Als Zielscheibe dieser Disziplin hatten sie sich die uniformierten Tankwärter bei DEA ausgesucht. Und so kam es, wie es kommen mußte.

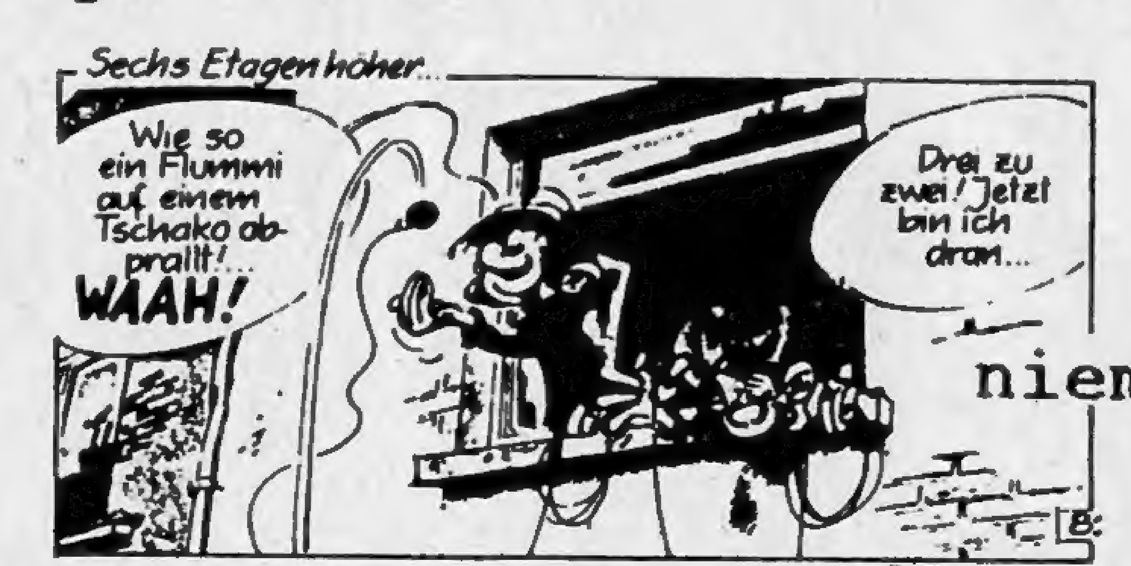
Wer glaubt, daß Jahr für Jahr, bei Sonne, Sturm und Regen Zehntausende allein wegen der "**Inhalte**" auf die Straße gehen? "Inhalte", über deren Fragwürdigkeit und Ungenauigkeit seit Wochen in diesem Blatt zu lesen ist. Nein, wegen Anti - rassismus, -faschismus, -imperialismus und -patriachatismus sind wir nicht alle da. Es geht mehr um Stimmungen wie "Wir sind die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben", "wir lassen uns von hier nicht vertreiben", "wir haben keinen Bock auf Euer Spiel, wir spielen unser eigenes". Das ist auch okay so.

Die Parole "Volle Kanne gegen das System" trifft die Demo sicher mehr, als der vierseitige Aufruf, den eh keine liest. Warum muß es denn immer so verquollen klingen, voll mit "lateinischen Fremdwörtern"? Da wir mittlerweile eventuell sogar schon bereit sind zuzugegeben, daß wir möglicherweise die Weisheit doch nicht mit Löffeln gefressen haben, könnten wir doch auf die hochtrabende Sprache verzichten.

Ich halte Demo und Fest nicht für einen vollen Erfolg. Es ist lästig, nach jeder Maidemo sich in Trab setzten zu müssen, bloß weil da welche **Spielchen** mit den Bullen treiben. Und es ist mehr als ärgerlich, wenn das in der Nähe des Kinderblocks geschieht. Ist das ein Fest für alle, wenn es mal wieder heißt, das Tränengas zischt, Stände in fliegender Hast abbauen, im Gewühl die Kinder finden und rausbringen?
Nach den Riots '87 entdeckten die autonomen Theoretiker die Wut der Klasse. Sie gedachten, sich das Potential der Randgruppen für ihre Strategien nutzbar zu machen. Mittlerweile ist es wohl eher umgekehrt. Die Kids und Gangs benutzen Demo und Fest als Bühne für ihr Spiel. Uns geht es da wie Goethes Zauberlehrling "die Geister, die ich rief, ach, werd ich nun nicht wieder los"(oder so ähnlich). Der ganze Schmus mit vorrevolutionär und antipatriachal ist ihnen scheißegal. Die gute alte Szeneweisheit "Ohne Bullen kein Krawall" wäre für sie eine Enttäuschung. Dann wird eben so lange mit dem Feuer gespielt, bis sie denn kommen. Uns geht es um Instandbestzung, Bleiberecht für alle, Freiheit für El Salvador und schlimmstenfalls um die Vermittlung von Inhalten. Ihnen geht es um Action, streetwise, live und in Farbe, Hauptsache es knallt.

Die autonomen GenossInnen, die Seltersflasche in der Hand, entfernen sich vom Orte des Geschehens. Später treffen wir uns in der Stammkneipe bei einem Bier. Wir wissen, jetzt noch draußen zu sein, bringt nichts, höchstens blutige Köpfe. Um eins ist es dann ruhig geworden, wir pilgern nach Hause, im Kopf einige **Fragen**.
Wollen wir nächstes Jahr wieder ein Fest? Sehen wir dann wieder zu, wie 20m weiter die Steine ausgebuddelt werden? Und bis auf die Fighter alle flüchten? Ist das Schicksal, gottgewollt, Kismet? Wir setzen uns gegen die RIM und den Alkverkauf durch. Und hier? Ein heikles Thema, gewiß, bei unserem distanzierten Verhältnis zu Disziplin und Ordnung. Werden wir dem Nachwuchs seine steinigen Spielsachen aus der Hand nehmen und sagen: Tobt Euch woanders aus, hier ist heute Fest!? Wie sieht das aus, mit unserer Verantwortung, dem "verantwortlich Umgehen mit Demo und Fest"? Was für ein Zeugnis stellen uns 180 Festnahmen aus? Mit Nichtverhalten werden wir weder Antworten auf die "soziale"-, noch auf die "Gewalt"-frage finden!

Und komme mir jetzt bloß



niemand mit den Bullen,

die angeblich immer

an allem Schuld sind!

Ich wünsche mir ein selbstbestimmtes, ungestörtes Lausefest. Das bedeutet, ein friedliches Fest zu garantieren (versuchen)! Entweder feiern oder Randale, beides geht nicht. Im Grunde, scheint mir, wissen wir das. Aber irgendwie ist es doch verdammt unfein und gehört sich nicht, es auch laut und klar zu sagen, oder? Ein vollautonomes Tabu? Es reicht nicht, (berechtigte) Wut und Frust vieler zu konstatieren und zu analysieren. Lernen wir, damit umzugehen. Reden wir miteinander, Euer
Demetrius Isegrim



anarchia

anarchistisches Info- und
Kulturfestival in Gdanks/P

Am 31.05. und 1.06. 1991 findet in Gdansk ein 1. anarchistisches Info- und Kulturfestival statt. Organisiert wird dieses von Anarchisten aus Gdansk, der Anarchoband Big Cyc und Anarchisten aus Berlin.
Das Festival soll in erster Linie der Kontaktaufnahme unter den Anarchisten/innen dienen und es soll ein erster Anfang sein, sich über die praktische Arbeit in Polen zu informieren. Zu diesem Festival sind alle Personen und Gruppen eingeladen. Es wäre ganz toll, wenn sich viele aus Berlin und aus Europa beteiligen würden.
Gerade der offene und freie Kontakt zu den polnischen Anarchisten /innen kann eine zukünftige Widerstandskultur und -mög-lichkeit darstellen.
(Festung Europa, Arbeitsreservearmee usw.)
Zur Durchführung des Festivals werden noch dringend folgendes benötigt:

* Geldspenden
* Menschen die in Berlin Infozusammenstel-len (Plakate, Videos, Broschüren)
* Menschen die in Gdansk bei der Abwicklung mithelfen.

Von Berlin aus soll eine gemeinsame Anfahrt organisiert werden.
Vorbereitungstreffen
21.05..91 um 17.00 Uhr im El Locco, Kreuzbergstr.43, 1000 Berlin 61, Tel. 7859973

Es wäre toll, wenn sich viele verschiedene anarchistische und libertäre Gruppen und Personen aus Berlin sich an diesem Festival beteiligen würden. Sofern dies nicht möglich ist, so wäre auch Gelegenheit entsprechendes Infomaterial den Menschen mitzugeben die nach Gdansk fahren.

Achtung!
Für die Einreise nach Polen ist ein Reisepass erforderlich



Das vorläufige Programm
Freitag, 31.05. :
18.00 Begrüßung, Infostände und Kommunikationscafe
20.00 "TOT-ART" anarchistische Performance-Theater
22.00 polnische Musikband
0.00 "Die Pilger" Anarchoband Berlin
Samstag, 01.06. :
14.00 Kommunikationscafe (Treffen von Gruppen und Menschen / Infostände
Videoprogramm:
Polen "The Orange Alternativ"
Polen "Plus minus infinity"
Berlin "Sag niemals nie" (Mainzer Str.)
Berlin "Im Jahr der Bestie" (IWF)
Grobritanien "The Brixton Tape"
weitere Videos werden noch organisiert.
20.00 "Vogelsang" Rockband aus Berlin
21.00 "Perfomance Thater" Polen
22.00 "Perestroika" Hardrock aus Finnland

Das Programm kann sich noch verändern und sollte sich vor allem noch erweitern.



steh auf arthur, heute ist revolution

CLÄRE CASPER
9. NOV. 1918



BERLIN 1918/19

12.-17. MAI
AUSTELLUNG
IM SO 36

Oranienstr. 190



GEGEN EIN EUROPA DER REICHEN

Grenzen auf für alle! Für selbstbestimmtes Leben!



Auch im vereinigten Europa wird eine Kluft bestehen zwischen relativ gut Verdienenden und wenigen ganz Reichen einerseits und andererseits einer Menge Menschen, die ins materielle Elend gedrängt werden. Die Umstrukturierung der Produktion und der Städte wird diesen Widerspruch weiter verschärfen. Durch dementsprechend auf europäisches Niveau ausgedehnte repressive Maßnahmen werden die Herrschenden diesen Widerspruch zwischen arm und reich kontrollieren, um ihren Reichtum und ihre Macht zu sichern.
Gleichzeitig heißt das, daß die "Festung Europa" dichtgemacht werden soll gegen die ArbeiterInnen und Flüchtlinge aus den Ländern des Südens und Osteuropas. Dazu dienen den Herrschenden die Ausländergesetze und andere Formen des Rassismus. Der hier angehäufte Reichtum wird damit abgeschottet gegen Millionen von Menschen in den ausgeplünderten Ländern, die für die Profitinteressen der Herrschenden wertlos geworden sind. Für diese Menschen bedeutet das Tod durch Hunger, Krankheit, Krieg und Folter.

Der Logik des Geldes und des Profits, die ihren Ausdruck hier in den Metropolen auch in der Spekulation mit Wohnraum und in der permanenten Mietsteigerung findet, haben wir als eine Antwort die Besetzung von Häusern und selbstorganisierten Zentren entgegengesetzt.
Wir wollen damit auch Lebenszusammenhänge aufbauen, in denen Selbstbestimmung und eine Kultur von unten möglich sind, aus denen heraus wir in gesellschaftliche Prozesse verändernd eingreifen können. Um diesen Ansatz von Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben zu zerstören, haben die europäischen Innenminister beschlossen, bis 1992 alle besetzten Häuser und Zentren zu räumen.

DEMO, 12.5., 15 Uhr Frankfurter Tor

Infoveranstaltung: 10.5., 20 Uhr, Jessnerstr. 24-32, 16. Oberschule

"Rote Zone", Video über die sozialen Kämpfe in den europäischen ArbeiterInnenregionen, 11.5., 21 Uhr, Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84

V.i.S.d.P.: P.Müller, Rosenstr. 8, 1 Berlin 61

Aufruf zur **DEMONSTRATION** am 12.5.91

"G E G E N D A S E U R O P A D E R R E I C H E N"

im Rahmen der internationalen Häuser-Aktionstage

"Gegen den imperialistischen Frieden"

(Treffpunkt Frankfurter Tor / Friedrichshain 15^00)

Wir sind Menschen aus den besetzten Häusern im Ostteil Berlins. Angesichts der Zuspitzung der Situation um das menschliche Grundbedürfnis des Wohnens in der BRD und Westberlin sind Teile von uns nach Öffnung der DDR-Grenzen gen Westen auf das Gebiet des ehemaligen Ostberlins ausgewichen.

Die Lage auf dem sogenannten Wohnungsmarkt im Westen ist geprägt durch ständig steigende Mieten, die immer mehr vom monatlichen Lohn verschlingen, der steigenden Zahl von Menschen, der dieses Grundrecht verwehrt wird, einer zunehmenden Verunsicherung der Menschen, der staatlich-bürokratischen Verwaltung der Armut, sowie einer brutalen Repression gegenüber den Menschen, die sich speziell in Anbetracht des massenhaften Leerstandes von Wohnungen und Häusern ihren Wohnraum nehmen und versuchen selbstbestimmte Strukturen jenseits von Mietausbeutung und Isolation aufzubauen.
Zur Erinnerung sei hier an die militärische Zerschlagung der Häuserbewegung Anfang der achtziger Jahre, sowie an die polizeilichen Zwangsräumungen von besetzten Wohnungen und von Wohnungen, deren MieterInnen die Miete nicht mehr bezahlen können, verwiesen.
Auf der anderen Seite steigen die Profite, die mit Wohnraum erzielt werden stetig an und bereitet der Staat dem Spekulantentum politisch und juristisch den Weg.

In der DDR herrschte zwar auch eine verdeckte Wohnungsnot, jedoch war der Wohnraum nicht Ware, mit der zulasten der Menschen spekuliert wurde. Ziel war primär eine administrative Wohnraumversorgung aller, nicht das Erzielen von Profiten für sehr wenige Schmarotzer.
Nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Regimes der DDR entstand zwischenzeitlich ein Machtvakuum, in dem es möglich war, sich den Wohnraum zu nehmen und diesen nach eigenen Bedürfnissen zu gestalten.

Nachdem die DDR nach den Interessen des Kapitals planmäßig angeschlossen wurde, steht nun auch hier dieselbe Entwicklung wie im Westen bevor, werden die Menschen und ihre Bedürfnisse auch hier mit dem Rentabilitätsprinzip konfrontiert, wie im übrigen kapitalistischen EG-Europa.
BRD-Strukturen werden in chauvinistischer Herrschermanier der Ex-DDR-Gesellschaft ~~auf~~oktroiert, nur wird gerade hier die Entwicklung mit all ihren Folgen viel extremere Ausmaße annehmen, ist doch das ökonomische und gesellschaftliche Umfeld der Ex-DDR-lerInnen unter ganz anderen Vorzeichen entstanden. Die Strukturen und damit die Existenzbasis der DDR und ihrer BewohnerInnen werden zerschlagen, ein 17-Millionen-Volk zielstrebig gleichgeschaltet. Auch hinsichtlich der Wohnraum-Frage bahnt sich für die Masse der Menschen eine katastrophale Entwicklung an.

Unter diesen Bedingungen fällt den besetzten Häusern eine neue Rolle zu, der wir uns bewußt werden müssen. Denn immernoch manifestiert sich in ihnen eine sichtbare Alternative zu den herrschenden Verhältnissen.
Diese lebbare Alternative den Menschen ins Bewußtsein zu rufen, heißt von der passiven Akzeptanz von Besetzungen seitens der Bevölkerung hinzuarbeiten zu einem gemeinsamen Widerstand gegen die Durchkapitalisierung der existenziellen Grundrechte sowie die Reduzierung der Menschen auf wirtschaftliche Objekte.
In diesem Kontext sehen wir die internationalen Häuser-Aktionstage vom 10.-12. Mai 91, deren Abschluß die Demonstration "Gegen das Europa der Reichen" bildet.

WIR WOLLEN STELLUNG BEZIEHEN GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN FRIEDEN IN DEN KAPITALISTISCHEN METROPOLEN!

Denn imperialistischer Friede heißt Entsolidarisierung und rassistische, sexistische und politische Spaltung der beherrschten Klasse, mit dem Ziel durch Schaffung von künstlichen Feindbildern von den eigentlichen Widersprüchen abzulenken und die Herrschaft des bestehenden Systems zu sichern. Gerade faschistische Organisationen und Aktivitäten, die stillschweigend toleriert werden, erfüllen in diesem Zusammenhang eine Funktion für die Herrschenden, ja arbeiten dem System bewußt oder unbewußt zu, indem sie den Haß gegenüber ImmigrantInnen und damit deren Ausgrenzung, ebenso wie die ökonomische und gesellschaftliche Ausgrenzung von Frauen forcieren und somit dem Kapital den Boden für verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung ebenen.

Denn imperialistischer Friede heißt Disziplinierung und Vereinzelung der Individuen, sie zu ProduzentInnen und KonsumentInnen zu degradieren, sie durch den Konsumterror eigener Träume und eigener Bedürfnisse zu berauben und damit potenziellen Widerstand zu brechen.

Denn imperialistischer Friede heißt Repression und Kriminalisierung von allen, die sich nicht der Kontrolle und den Verwertungsprozessen unterordnen, die sich nicht gleichschalten lassen, die sichtbare Alternativen leben, heißt also kurzgesagt die Zerschlagung alles Andersartigen, alles Oppositionellen.

Und imperialistischer Friede heißt auch alltäglicher Krieg, der sich in darwinistischem Konkurrenzkampf der Lohnabhängigen und im zerstörerischen Existenzkampf der sozial Ausgegrenzten und Abgewickelten zeigt.

DIE ÖKONOMISCHE KRISE IN DER EX-DDR

Die tiefe wirtschaftliche (und somit auch politische und soziale) Krise der Fünf Neuen Länder ist offensichtlich und wird selbst von den BefürworterInnen des schnellen Anschlusses zugegeben. Differenzen gibt es nur bei der Begründung der Ursachen sowie den Vorstellungen zur Überwindung dieses krisenhaften Zustandes.

Um nicht an die Grenzen des eigenen ideologisierten Gedankengebäudes zu stoßen, beharrt die sogenannte öffentliche Meinung, vorgegeben von MainstreamjournalistInnen und -politikerInnen, auf diversen Erklärungsmustern der jetzigen Situation:
Schuld wären zum Beispiel die alten Seilschaften der SED, wä-

ren bürokratische, juristische Hemnisse bei Neuinvestitionen, die vielen ungeklärten Eigentumsverhältnisse...
Dies mag zwar in Einzelfällen zutreffen - insgesamt soll somit verschleiert werden (und das ist getrost als psychologische Kriegsführung gegen die Bevölkerung zu bezeichnen), daß die Ursache der Krise in der Sache selbst, also des Ökonomischen Anschlusses, begründet lag und liegt.
Den Menschen aber wird Glauben gemacht:"4o Jahre Sozialismus hätten verheerendere Folgen gehabt als der zweite Weltkrieg. "
(Rohwedder +)
Unterschlagen werden dabei die wesentlichen Unterschiede einer kapitalistischen und einer realsozialistischen Ökonomie, ausgedrückt im Zweck und Charackter der Wirtschaft: Auf der einen Seite Maximalprofite auf dem Weltmarkt; auf der anderen der Versuch, eine vom Weltmarkt relativ unabhängige Binnenwirtschaft aufzubauen, die die gesellschaftlichen Erfordernisse (Versorgung) erfüllt.(z.B. die Ausrichtung der Energieversorgung auf Braunkohlenbasis)

Die DDR-Wirtschaft war also auch keineswegs marode oder ineffektiv, wie immer behauptet wird, sondern sie hatte einen bestimmten Zweck, dem sie weitestgehend entsprach.
Marode und ineffektiv wurden die Betriebe und Kombinate in dem Moment, in dem ihnen plötzlich ein anderer Zweck des Produzierens aufgezwungen wurde: alles hat sich marktwirtschaftlich rechnen zu lassen!
Daß sie diesem neuen Zweck nicht gewachsen sein konnten, war denen, die den Anschluß systematisch forciert hatten, mit Sicherheit klar. So wurde also bewußt die gesamte DDR-Wirtschaft, die,wie auch immer,funktionierte, zerschlagen und Millionen Menchen an den Rand des sozialen Ruins gedrängt.

Die Akteure dieses Prozesses waren der BRD-Staat und das BRD-Kapital.
Das Interesse des Kapitals beschränkte sich darauf, sich in der Ex-DDR als einem Absatzmarkt gigantische Extraprofite zu sichern. So gab es auch Investitionen im Dienstleistungs- und im Bereich des Warenvertriebs. Nie bestand jedoch die Absicht, in Branchen zu investieren, die schon in der BRD seit Jahrzehnten krisenbehaftet sind.(Schiff-und Bergbau, Stahlindustrie) Es ist völliger Quatsch, an die Kapitalisten zu appellieren, sie mögen doch bitte investieren...entweder es rechnet sich, oder es rechnet sich eben nicht!
Der BRD-Staat hat dem Kapital den Weg dafür geebnet. Die Währungsunion war hier der entscheidende Wendepunkt. Gleichzeitig dehnte der BRD-Staat seine Macht (innen- und außenpolitisch) enorm aus. Und zwar kurz und schmerzhaft: Die DDR-BürgerInnen wurden politisch vor vollendete Tatsachen gestellt, bevor sie beginnen konnten, sich selber Gedanken zu machen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft ihres Landes und über das Wirtschaftssystem des kapitalistischen Weltmarktes.
Offensichtlich fürchtete der Staat eine derartige Bewußtseinsentwicklung der Menschen mehr als deren sukzessiven Zorn über die bei einem schnellen Anschluß auf sie zukommenden "sozialen Härten". Auch deshalb dieses Tempo des Anschlusses!

Vom Anschluß zum Anschiß - nun zu den konkreten Folgen des Anschlusses! (Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß der Anschiß systemimmanent ist, denn das System schert sich um die Bedürfnisse der Menschen einen Dreck!)

DIE AKTUELLE ÖKONOMISCHE SITUATION

Bereits seit Ende letzten Jahres machen sich die ökonomischen Auswirkungen des Anschlusses für die Menschen in der ehem. DDR deutlich bemerkbar.
Bis zum Sommer (im Juni 1991 laufen die meisten Kündigungsschutzabkommen aus) wird die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland bei 50% der erwerbsfähigen DDR-Bevölkerung liegen.
Während die Treuhand massiv um Investitionen aus dem Ausland wirbt, zeigt sich auf Unternehmerseite ein völliges Desinteresse zu investieren. Die Gründe für dieses Desinteresse liegen auf der Hand:
Zum einen produzieren DDR-Betriebe zu Verkaufspreisen, die über Weltmarktniveau liegen, zum anderen sind die meisten DDR-Betriebe aufgrund der Währungsumstellung und der Privatisierung der DDR-Staatsbank bei BRD-Banken hoch verschuldet.
Hinzu kommt, daß produktive Investitionen sich für das Kapital nur dann lohnen, wenn entsprechende Absatzmärkte für die produzierten Waren zur Verfügung stehen. Allerdings kommen weder die ehem. RGW-Staaten noch die übrigen kapitalistischen Länder dafür in Frage - erstere sind aufgrund der auch bei ihnen einsetzenden Rekapitalisierung zahlungsunfähig; letztere haben selbst mit einer Rezession zu kämpfen.

Die wenigen produktiven Investitionen konzentrieren sich auf die "Filetstücke" einiger Kombinate.
Ansonsten gleicht das Investitionsverhalten des BRD-Kapitals in der ehem. DDR dem in Ländern des Trikont, d.h. Investitionen werden nur getätigt, um die vergleichsweise billige Arbeitskraft der Menschen in der ehem. DDR auszubeuten. Es entstehen sog. "verlängerte Werkbänke" - ArbeiterInnen aus DDR-Betrieben arbeiten der Produktion des BRD-Stammwerks zu + und "Schraubenzieherfabriken", in denen lediglich bereits produzierte Fertigteile zusammengesetzt werden.

Die Rekapitalisierung hat selbstverständlich nicht nur einschneidende Folgen für den Produktions-, sondern auch für den Reproduktionsbereich.
Die Wohnungsbaugesellschaften müssen bei einem geschätzten Investitionsbedarf von 200 Mrd. DM und einer Verschuldung von 40 Mrd. DM die Mieten mindestens um das zehnfache erhöhen.
Mit der Freigabe der Gewerbemieten stehen den Kleingewerbetreibenden ähnliche Probleme ins Haus:
Bereits jetzt werden nur noch auf ein Jahr befristete Mietverträge ausgestellt; viele Gewerbetreibenden müssen, da sie die Miete für Läden, Werkstätten oder Lagerräume nicht mehr aufbringen können, aufgeben.

Natürlich kann es sich der BRD-Staat aufgrund seiner Sorge um den "inneren Frieden" nicht leisten, die gesamte DDR-Wirtschaft auf einen Schlag kaputtzusanieren.
Subventionen von gewaltigem Ausmaß sind, nicht zuletzt um die Arbeitslosigkeit zu finanzieren, erforderlich. Diese können allerdings wiederum nur durch Steuererhöhungen und Staatsverschuldung aufgebracht werden. Wer letzten Endes die Zeche für den Anschluß zahlt, ist damit klar.
Doch nicht genug: Die "Deregulierungskomission" der Bundesregierung hat ihre eigenen Pläne. Diese sehen u.a. vor, Tarifverträge per Betriebsvereinbarung auszusetzen, Langzeitarbeitslose unter Tarif zu beschäftigen sowie Leiharbeit generell für alle Berufsgruppen und Branchen zu erlauben.
Soziale Massenkämpfe sind also vorprogrammiert -

INDES WIR WARTEN NICHT SO LANGE - KOMMT MASSENHAFT ZUR DEMO !!





Kurzinformation

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)
aufruhr - Widerstand gegen repression und §129a
Materialien und Texte zur Diskussion

Das in den siebziger Jahren geprägte "Modell Deutschland" geht in etwas modifizierter Form dem Jahr 2000 entgegen, d.h. politische Unterdrückung bleibt auch in der erweiterten Bundesrepublik Bestandteil der Herrschaftsstruktur. Unter dem Deckmantel staatlicher "Anti-Terror-Bekämpfung" werden immer neuere Gesetze erlassen, der Polizeiapparat aufgerüstet und menschenzerstörende Hochsicherheitstrakte zur gesellschaftlichen Normalität erklärt.
Die Repression gegen oppositionelle Gruppen und Individuen stößt allerdings in Teilen einer linken und liberalen Öffentlichkeit nach wie vor auf Proteste. Dabei wird -sicherlich mit unterschiedlichen Intentionen- immer wieder die Abschaffung des Gesinnungs- und Zensurparagraphen 129a gefordert.
Mit dem Publikation *aufruhr - widerstand gegen repression und § 129a* ist nun ein aktuelles Arbeitsbuch zum Thema erschienen. Der Text- und Materialienband versammelt Beiträge zur Geschichte, Funktion und den konkreten Auswirkungen bzw. Erfahrungen mit der politischen Unterdrückung in der BRD.
Die Juristen Falco Werkentin, Heinz Giehring und Josef Gräßle-Münscher untersuchen die Entwicklung des politischen Strafrechts, insbesondere des § 129a. Nikolaus Tilling und Dieter Hummel behandeln die Rolle der Polizei und Geheimdienste. Anhand von Prozeßbeispielen (Fritz Storim, Ingrid Strobl, Antifa-Prozesse in Hamburg, PKK-Prozeß) wird die Anwendung des Paragraphen an konkreten Fällen analysiert und kommentiert. Ein Briefwechsel mit einigen politischen Gefangenen dokumentiert die Bedingungen der Kommunikation zwischen "drinnen" und "draußen". Die Bunte Hilfe Nürnberg und Oliver Tolmein beschäftigen sich mit der Funktion der Repression und der Rolle der Öffentlichkeit. Die Buchgruppe "wüster haufen" setzt sich mit den Themen Aussageverweigerung und Solidaritätsarbeit zu politischen Prozessen auseinander und stellt Thesen zu den Perspektiven einer Anti-Repressionsarbeit zur Diskussion. Im Anhang findet sich u.a. noch eine ausführliche Literaturliste zum Thema und eine Chronologie politischer Prozesse.



PROGRAMM

12.-17.5 AUSTELLUNG IM SO 36
MO - DO 10 - 22 UHR GEÖFFNET

SO 12.5
17 UHR ERÖFFNUNG



20 UHR FILM «DER UNTERTAN»
NACH DEM ROMAN VON HEINRICH MANN

MO 13.5
19 UHR LESUNG
KLAUS KORDON LIEST AUS SEINEM BUCH " DIE ROTEN MATROSEN "

DI 14.5
20 UHR



FILM «WESTFRONT»
ANTIKRIEGSFILM AUS DEN ZWANZIGER JAHREN

MI 15.5
17 UHR



ANTI-KRIEGS VERANSTALTUNG
" WEG MIT DER WEHRPFLICHT "

DO 16.5
10 UHR KLAUS KORDON LIEST AUS SEINEM BUCH " DIE ROTEN MATROSEN "
21 UHR FILM «CYANKALI»
SPIELFILM ZUM THEMA §218 UND ABTREIBUNG

FR 17.5
abschlußfest 22 UHR
kiEL DiscO



Novemberrevolution 1918 in Deutschland ■ Revolutionäre Matrosen im Marstall in Berlin.

PROGRAMM

UMSTRUKTURIERUNG?

IM WESTEN ISTS AM BESTEN:

VOLXSPORT!

Lieber blau als grau...

Umstrukturierung im Zeitraffertempo. Was sich schleichend,fast unmerklich in Schöneberg,Kreuzberg und anderswo vollzogen hat und noch vollzieht,ist in Berlin-Mitte fast so schnell entstanden als höre man/frau das Gras wachsen.
Berlin-Mitte, das wird das florierende Dienstleistungszentrum inmitten einer verarmenden Ex-DDR. Nichts da: daß die Regierenden nach Berlin umziehen Sollten, um die harte Realität des Ostens vor Augen zu haben. Hier schaffen sie sich die Welt nach ihrem Bilde.
Friedrichstr./ Unter den Linden als Nobelzentrum:die Daimler-Benz-Vertretung,die dicken Hotels,teure Schuh-(Görtz,Schuhtick) und Modeläden,der Juwelier Christ im Haus der Sowjetischen Kultur. Das freut die Bürgerpresse...
Richtung Alex wird es schäbiger: Gibt sich die Ausbeutung doch gern heimlig und gemütlich und zieht die Läden fürs exklusive Publikum nicht gerne dort hoch,wo die Architektur so brutal ist wie sie selbst. Am Alex also die Läden für den Allerweltsbedarf: Kaisers-Drugstore,Hertie,Meyer,Schuhhaus Leiser und bald auch McDonalds im jetzigen Alexgrill.
Und weil der Westen überall und in jeder Beziehung am besten ist, wird alles, aber auch wirklich alles aufgekauft. Sogar die Buchhandlungen gehören West-Firmen: Bouvier(Köln) gleich fünf Läden, Kiepert hockt jetzt in der Friedrichstr., der Schund-Schuppen Bertelsmann an der Weidendammerbrücke und schließlich gehört auch noch die Medizinische Buchhandlung in der Charite J.F.Lehmanns (im Westen Hardenbergstr.).
Drinnen fliegen die abgewetzten PVC-Böden raus,neue Scheiben(größer und durchsichtiger und --fester) werden eingezogen. Nur die Penner draußen fehlen noch.
Und überall: die Geschätsbüros der westlichen Konzerne, von adidas bis Siemens. Überall dicke Autos,viele westdeutsche Kennzeichen. Die Schlipse nehmen ihr Territorium in Beschlag.
Das ist der Anfang. An weniger als fünf Fingern kann man/frau sich abzählen,wie die Stadt aussieht, geht die Umstrukturierung in diesem Tempo weiter. Noch ist halb Berlin-Mitte Baustelle(Friedrichstadtpassagen z.B.), ist die Nobelmeile nicht gen Potsdamer Platz verlängert (neues "KaDeWe", Sony- und Daimler-Zenrale). Noch ist Berlin nicht Regierungssitz (dessen Bauten v.a. in Mitte und Umgebung liegen werden. Noch gibt es hier normale Wohnhäuser. Noch sind die Großprojekte nicht begonnen: Olympia,York-Plaza, Ost-West-Handelszentrum, Halensee-Überbauung, World Trade Center.

Abgesehen von kurzfristigen Arbeitsplätzen im Bau wird dies alles nur eins bringen: mehr Bonzen und daher: teurere Mieten, teurere Preise. Die Verdrängung ärmerer Schichten an den Stadtrand wie in London,Paris,München,Frankfurt...
Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der Stadtteil- und MieterInneninitiativen, und mit dem Kampf der ArbeiterInnen gegen die Abwicklung ihrer Betriebe. Deshalb haben wir am 28./29.4.91 mehrere Brandsätze unter Bonzenkarossen inBerlin-Mitte sowie bei Daimler-Benz Holzhauser Str. (wegen Potsdamer Platz) gelegt.
Täglich fliegt der "Beamtenshuttle" von Bonn nach Berlin und die Treuhandbonzen shutteln vom Alex zur Noch-Zweigstelle in der Leipzigerstr. Shutteln wir sie dorthin wo der Pfeffer wächst!
Miethaie zu Fischstäbchen !
Treuhand in die Produktion!
Nie wieder Regierungssitz Berlin - Berlin bleibt rot! Für einen starken revolutionären 1.Mai!

BooMTOWN RATS

UMSTRUKTURIERUNG ? GEISTERBAHN!

Liebe Genossinnen und Genossen !

Was tun, wenn eine Dampfwalze auf einen zurollt ? Papiere über die Dampfwalze verfassen ? Warten bis sie vor Deiner Haustür steht? Einmal im Jahr den Dampfwalzenwechtern aufs Maul hauen?
Ohne Sarkasmus: Die Umstrukturierung läuft, und wir vermissen mal wieder einen strategischen Ansatz. Immerhin, die Stadtteil- und MieterInnenkampagne läuft an, und daß es wichtig ist, unsere Stadtteile zu verteidigen, darüber besteht ja Konsens. Konsens ist es auch , daß wir die aufgezählten Großprojekte doof finden. Welche Bedeutung sie real haben, sowohl in Bezug auf konkrete Verschlechterungen der Lebensbedingungen wie politisch fürs Klima in der Stadt, ist kaum diskutiert. Ebenso wenig,was uns ihre Verhinderung denn bringen könnte.
Wir behaupten mal: So wichtig es ist, konkrete Mietschweine wie Bollack, Data-Domizil anzugreifen, so wichtig wird es sein, ein allgemeines Klima der Verunsicherung für die da oben zu schaffen. Nicht wie das Kaninchen auf die Schlange zu warten, sondern die Schlange im sichern Hinterland anzugreifen.
Der Ruf einer beurteilt sich nach der Sicherheit ihrer Zentren. Deshalb das Geschrei über den Dreck am Breiti,der Dreck am Heini ist ihnen dagegen erst mal egal.
Aber gleich welchen Schwerpunkt wir legen,wichtig erscheint uns für die handlungsfähigen Kleingruppen,daß wir unsere Kräfte bündeln /weil wir eh so wenige sind/, uns nicht an einer Bewegungsdynamik orientieren und unsere technischen Möglichkeiten verbessern. Wenn wir uns die Angriffsziele der letzten Monate anschauen, dann hat es zwar nicht die falschen getroffen,aber die Wahl z.B. von Karstadt oder Möbelhübner als Reaktion auf Häuserräumungen scheint uns zu sehr an der Leichtigkeit des Angriffs orientiert.
Besser als gar nichts,aber das heißt auch: Um Spekulanten anzugreifen fehlen Wissen und Mittel. Und auch unsere Ziele diesmal haben sich noch zu sehr nach unseren Möglichkeiten bestimmt. Sonst wäre uns noch ganz anderes eingefallen...
Nochmal: Wir glauben,daß leidige Thema Umstrukturierung sowohl in bezug auf Stadtteile allgemein als auch Umstrukturierung im Osten im besonderen einer der Schwerpunkte der nächsten Jahre sein wird. Wir werden nicht jeden neuen Kaisers im Osten aufhalten können, aber wenn wir, legale und illegale Gruppen, uns einigermaßen aufeinander beziehen und Strategien entwickeln, können wir die Dampfwalze aufhalten und tatsächlich Geisterbahn mit den Bonzen in der Hauptstadt spielen(vgl. Aufruf 1.Mai 90).

Die Ratten bitten zur Diskussion

17. Neuköllner Kiez Flugschrift

Mai 91

1. Mai und Hauptstadtwahn

"Auch in diesem Jahr werden wir, autonome unabhängige Menschen, in einer revolutionären 1. Mai Demonstration auf die Straße gehen. Wir wollen das zusammen mit allen Menschen in dieser Stadt tun, die sich wehren, die unbequem sind, die sich nicht mit den Knochen abfinden wollen, die der kapitalistische Fleischtopf für uns übrig läßt." *(Zitat aus dem 1. Mai Aufruf 91)*

Trotz vorheriger Stimmungsmache und trotz des schlechten Wetters fand auch in diesem Jahr eine revolutionäre 1. Mai-Demo mit mindestens 10.000 Menschen hier in Berlin statt. Seit 4 Jahren gehen so Viele für Selbstorganisierung und für eine Gesellschaft ***ohne*** Rassismus, Sexismus und weltweite Ausbeutung auf die Straße. Damit haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal mehr Menschen als der DGB mobilisiert. Das war mit Sicherheit kein Zufall: Statt berechtigten Widerstand setzt der DGB sein sozialpartnerschaftlisches Geklüngel mit Bonzen und Regierungsvertretern am "Runden Tisch" fort.

Oder...

- der Eiertanz bei den Montagsdemos
- ihre Weigerung, politische Forderungen aufzustellen
- die "sozialverträgliche" Vernichtung von Arbeitsplätzen gemeinsam mit der Treuhand ....

all das waren Gründe genug, warum sich viele zu Recht vom DGB verraten und verkauft fühlen.

Bei den HERRschenden hat niemand eine Antwort auf die sich verschärfende soziale Lage. Deshalb wollen sie die unabhängige revolutionäre 1. Mai-Demo verschweigen. Der Widerstand, der sich nicht mehr kanalisieren läßt, wird mit unpolitischem Krawall gleichgesetzt. So auch in diesem Jahr.

Wieder bezog sich die einzige Medienöffentlichkeit nur auf die Auseinandersetzungen mit der Bullerei rund um das anti-rassistische Fest am Lausitzerplatz. Der polizeiliche Belagerungszustand in Kreuzberg und die Übergriffe auf FestbesucherInnen und Kneipen werden dreist als "verhältnismäßiger Einsatz" bezeichnet. Solche Einsätze brauchen sie als zusätzliche Empfehlung, damit Berlin Regierungssitz werden kann (entschieden wird darüber am 21.6. im Bundestag). Was das bedeuten würde, zeichnet sich jetzt schon ab ...

Umstrukturierung durch:

- Bürobauten
- Verdrängung des Kleingewerbes durch neue Konsumpaläste
- Luxusappartements für die Staatsbedienstete
- Verdrängung breiter Bevölkerungsteile aus den citynahen Bezirken
- ***explodierende Mieten ...***

Wir lassen uns nicht verplanen, verdrängen, zersiedeln, zu noch mehr Arbeit zwingen - weder durch die großdeutschen Hauptstadtträume, noch durch Stadtverplanungsstrategen und Miethaie. Tage wie der 1. Mai sind für uns weiterhin Anlässe, unseren Widerstand gegen diese Entwicklung auszudrücken.

Alle Tage 1. Mai !

Spucken wir ihnen in die Hauptstadtsuppe !

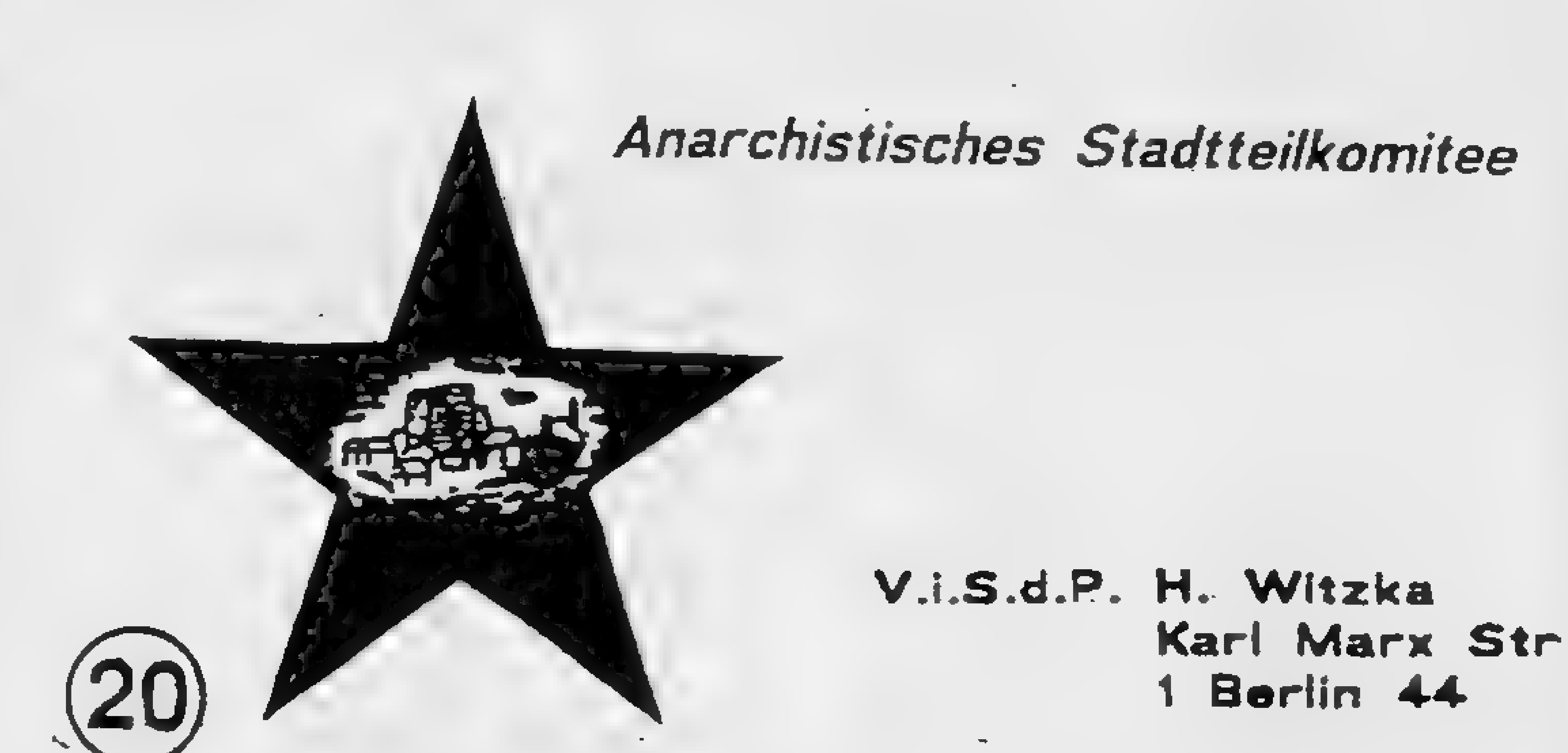
Für die bedingungslose Enteignung aller Bonzen !

Aufruf ....

In letzter Zeit sind durch drastische Mieterhöhungen ausländische Projekte wie das Türkenzentrum und das TO SPITI, sowie Frauenprojekte, Kinderläden und WG's vom Rausschmiß bedroht. Laßt uns dem nicht tatenlos zusehen! Um dagegen gemeinsam was anzetteln zu können, brauchen wir Euch und Eure Infos.

Deswegen: MieterInnencafe, Mittwochs von 16 - 19 Uhr im Stadtteilladen LUNTE, Weisestr. 53 (U-Bhf Boddinstr.), Tel.: 6223234.

Anarchistisches Stadtteilkomitee



V.i.S.d.P. H. Witzka
Karl Marx Str
1 Berlin 44

WAGENBURGEN - PIEFKE

Seit nem halben Jahr gibt es in punkto Wagenburgen sowohl in Berlin, als auch bundesweit eine Entwicklung die wir wichtig finden und von der mehr Menschen was mitkriegen sollen. Vor allem in Zeiten wo der allgemeine Frust sich breit macht "weil ja so wenig läuft", bei uns tut sich was positives.

Wir haben inzwischen die Erfahrung gemacht, daß das Interesse an unserer Arbeit aus verschiedenen Gründen auf der ganzen Linie gering oder äußerst oberflächlich ist(dazu spätermehr) Wir wollen/müssen das ändern, wennwir was an der derzeitigen Situation ändern wollen.

Wir betreten mit der Auseinandersetzung mit dem Leben im Wagen als Teil unserer Selbstbestimmung Neuland, was die Sache interessant aber auch schwierig macht. Es gibt diesbezüglich kaum (in irgendeiner Form weitergegebene) Erfahrungen auf die wir aufbauen können. Das heißt konkret, wir wollen euch mit Auseinandersetzungen konfrontieren, die bei uns grade laufen. Wir wollen, daß ihr uns in eure Gedanken miteinbezieht, wenn ihr von selbstbestimmtem Leben und Freiräumen redet und eure Klischees wegpackt, wenn ihr von Leuten redet, die im Wagen leben.

Wir wollen, daß auch andere Leute, die in Wagen leben, sich bewußt machen, daß die Tatsache an sich auf einem selbst-gewählten, besetzten Platz in einem nicht dafür vorgesehenem Raum zu leben, etwas ist, was sich lohnt nach Außen zu tragen und sich dem Ding, eine manövrierfähige Masse zu sein, zu widersetzen. Und da hat sich im letzten1/2 Jahr also schon ein bisschen was getan.

Erstmal die Fakts, was war und was sein wird:
Im Dezember fand das erste Wagenburgentreffen in Berlin statt. Grund für das Treffen war, daß es mal wieder Gerüchte über Räumung der Walde-Wagenburg gab. Hin kamen so etwa 20 Menschen. Es wurde deutlich, daß es bei einer tatsächlichen Räumung einer Wagenburg kaum möglich ist gemeinsam zu reagieren, weil das Leben aufden meisten Plätzen ziemlich individualisiert abläuft.

Vielen ist klargeworden,daß sie darauf keinen Bock mehr haben. Die Schlußfolgerung von,im Wagen leben ist sowieso das einzig wahre und das wollen wir den anderen klar machen,(wir sind nicht die,die nurdarauf warten wieder in Wohnungen zu ziehen)war dann nicht mehr weit.(ich persönlich habe mich nur gefragt,warum ich darauf nicht schon früher gekommen bin,lebe auf `nem besetzten Platz und kämpfe ausschließlich für besetzte Häuser,is ja doof)
Die Idee einer Wagenburgenzeitung und eines Wagenburgen-Umzugs waren erste Ergebnisse der Treffen.



Kurze Zeit darauf waren die Häuserkampftage in Hamburg.Zu einer Veranstaltung der Wagenburgen in Hamburg(da gibts 3)kamen auf einen Schlag RollheimerInnen aus 10 verschiedenen Städten.Hier konkretisierte sich die Idee einer internationalen Wagenburg - Zeitung(vorerst leider nur BRD/Schweiz),die im Abstand von ca. 2 Monaten,in jeweils verschiedenen Städten ,getragen van möglichst vielen Wagenburgen erstellt werden sollte.Inzischen gibts schon 2Nummern.

Die 00 Nr. ist in Wiesbaden erstellt
mit dem Titel VOGELFRⒶI,Fachschrift für Wagenwesen
Die Nr. 1 im April in Stuttgart.
Die nächste Zeitung soll auf einem Treffen in Bonn(Schweig) entstehen.



Und außerdem beschlossen wir während der Häuserkampftage bundesweite wagenburgaktionstage.
Dann im März in Wiesbaden gabs den ersten gemeinsamen Versuch einer inhaltlichen Bestimmung;Selbstbestimmte Plätze,da wo wir leben wollen,weg mit den Wohnwagengesetzen ,....unsowederunsofort)
Es stellte sich heraus,daß sich die Aktionswoche auf Hamburg , Stuttgard und Berlin beschränken würde.

Wir in Berlin setzten uns voll in Aktion mit dem unhinterfragten Anspruch eine ganze Woche füllen zu müssen. "Wir sahen unseren Aktionismus, waren aber nicht in der Lage, darauf mit inhaltlichen Diskussionen zu reagieren und uns selbst eine feste Grundlage zu geben, von der aus wir mit gutem Gefühl handeln konnten."
Die Aktionswoche war für uns ein Flop. "Hier zeigte sich, daß wir als WagenbewohnerInnengruppe, weder in den Wagenburgszenen verankert sind, noch daß Platzbesetzungen ein Thema in der autonomen Szene darstellt". Der Abschlußumzug mit den ca. 300 Leuten und 25 Zugmaschienen, mit seiner Lautheit und Buntheit, dem Abschlußkonzert in der Marchstr. hat es dann für uns wieder ein wenig rausgerissen.

Hoffentlich durch diese Erfahrung etwas schlauer geworden, sind wir jetzt dabei die nächste Sache zu planen. Wir wollen Ende Juni ein Wagenburgfestival veranstalten. 2 Tage lang, mit Konzert, Kinderfest, Spiel ohne Grenzen (Wasserschleppen z.B.) Wagenfilmen und Lagerfeuer. Wir wollen mit anderen Gruppen zusammenarbeiten, die einen inhaltlichen Bezug zu uns haben.



Menschen die sich aus Interesse bei uns einklinken wollen sind willkommen. Wir treffen uns jeden Sonntag um 19 Uhr am Feuer an der Schillingbrücke

Unterstützung tut immer gut!!

Ihr werdet in nächster Zeit jedenfalls noch mehr von uns hören.

+++++++ bericht zum wochenend-treffen am 19./20.04.91 in hh ++++++++

es waren ca. 160 menschen da - u.a. auch menschen aus infobüros, die erstmal keinen "persönlichen" kontakt zu gefangenen haben, wie durch das info-büro hamburg extra darauf hingewiesen wurde... (siehe nachtrag auf dem einladungsschreiben...).
der ursprüngliche vorschlag: eine aufteilung in arbeitsgruppen nach den verschiedenen knästen (also: wer besucht den/die gefangene/n in welchem knast...!) wurde zum glück nach endlosen diskussionen zum teil fallengelassen, nachdem sich rausgestellt hat, daß a) auch menschen auf dem treffen sind, die erstmal keinen "persönlichen" kontakt zu gefangene haben und b) auch noch andere vorstellungen diskutieren wollen als 'welche probleme gibt es in den diskussionen mit den gefangenen etc.'...

nachdem die verschiedenen diskussionsansätze klar waren, wurden danach die arbeitsgruppen bestimmt, d.h. es gab ag's
- zum celler knast
- zu "kommunikationsschwierigkeiten mit den gefangenen"
- zu gemeinsame politische initiativen (diese teilte sich nochmal in 2 gruppen auf, da ca. 60 menschen in dieser gruppe waren und es sich mit 'weniger' doch besser diskutieren läßt - natürlich mit dem gleichen politischen inhalt)

als erstes gab es einen vorschlag von den angehörigen, eine wandermahnwache vor den brd-knästen zusammen mit den jeweiligen menschen vor ort zu organisieren. beginnen soll sie in aichach, da es dort die schärfsten haftbedingungen gibt und die schweine dort in den letzten monaten gezielt brigitte mohnhaupt angreifen (siehe die letzten presseberichte) u. unter anderem ihr ganzes geld für prozeßkosten beschlagnahmt wurde, sodaß sie nicht mal mehr briefpapier, -marken und umschläge etc. kaufen kann (siehe auch bericht im angehörigeninfo). danach soll die mahnwache quer durch die brd sich ziehen und wieder in aichach enden.
dieser vorschlag wurde auch in der ag 'gemeinsame politische initiativen' aufgegriffen und diskutiert. weitere initiativen sind: blockade vor dem bundeskanzleramt im herbst, desweiteren soll es am 7.8. während des kirchentages in essen eine 2tägige dauerpräsenz vor dem dortigen knast geben und es wurde an einem tribunal überlegt, so ähnlich wie es in amerika von der freedom now-kampagne organisiert wurde (vorbereitungspapier gibt es demnächst).
zu aichach: nach dem abschlußtreffen setzen sich noch einige menschen aus münchen zusammen, um mit einigen angehörigen u. ehemaligen gefangenen schon ein stück weit an der vorbereitung zu reden. wir kriegen da noch bescheid, was sich an vorstellungen rauskristallisierte, bzw. ob und wann es ein treffen der städte geben wird.



+++++++++++ weitere Angriffe gegen die Gefangenen +++++++++++++

bei brigitte wurden 108 Briefe von ihrer Mutter beschlagnahmt, angeblich würden diese einem illegalen Infosystem dienen außerdem wurde ihr gesamtes Geld für Prozeßkosten beschlagnahmt, das heißt : sie hat keinen Einkauf mehr und kein Briefpapier, keine Briefmarken

daher der Aufruf : Schickt Briefe an Brigitte mit max. 3 Umschlägen und 3 Bögen Briefpapier und 1 Briefmarke zu 1.-DM
ein paar Zeilen dazu schreiben, sonst kommt's nicht rein
die Adresse : brigitte mohnhaupt
Münchnerstr. 33 8890 Aichach

thomas thöne bekommt in der letzten Zeit sehr unregelmäßig die Zeitungen ausgehändigt

in ossendorf droht nach der letzten razzia eine auseinanderlegung der Gefangenen frauen

rolf heißler bekommt das angehörigen-info nicht mehr, weil es angeblich konspirativ erstellt würde, also ein weiterer angriff auch gegen das info

bernd rößner muß raus !!!

die gesundheit von isabel jakobs ist total schlecht seit ihrer erneuten verhaftung : ihre arme sind blau bis zum ellenbogen, ihr arzt kommt nicht rein zu ihr und sie wird durch streßprogramm im knast traktiert

in frankreich haben bis auf jean marc rouillon alle politischen gefangenen besuchsverbot, nur noch angehörige kommen rein, das besuchsverbot richtet sich besonders gegen leute aus der brd, die in letzter zeit besuche in frankreich gemacht haben

in usa ist mumia abu jamal jetzt ganz akut von der todesstrafe bedroht, zur zeit läuft eine hinrichtungswelle in den usa, die post,besonders aus der brd, von abu mumia wird stark zensiert am 3.7.91 soll es eine aktionswoche geben und eine anzeigen - kampagne in den usa

im rahmen einer brd-rundreise laufen im mai eine reihe von veranstaltungen mit duruba, einem ehemaligen black panther, der 19 jahre im knast saß







WHEN WE'RE TALKIN ABOUT THE WEATHER WE KNOW WHAT WE'RE TALKIN ABOUT

Liebe GenossInnen,

wir begreifen den folgenden Brief als Ansatzpunkt für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Politik der RAF und finden es wichtig, daß dazu – stärker als bisher – Diskussionen und Auseinandersetzungen in Gang kommen.

Als die Rohwedder-Erklärung kam, waren wir erstmal ziemlich entsetzt. Wir hätten sie am liebsten dem Staatsschutz angehängt. Wir haben dann die älteren Erklärungen nochmal gelesen und uns die inhaltliche Entwicklung bzw. die Brüche angesehen. Jedenfalls gehen wir jetzt davon aus, daß die Erklärung tatsächlich von der RAF ist und die inhaltliche Entwicklung der RAF widerspiegelt. Zentral für den Aufbruch Anfang der 70iger war das Konzept Stadtguerilla, das bis 77 mehr oder weniger die strategische Bestimmung der RAF blieb. Im Verlauf der 70er rückte der Kampf gegen die Vernichtung der Gefangenen immer mehr in den Mittelpunkt. Das praktische Ziel, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, drängte eine politisch-strategische Bestimmung zunehmend in den Hintergrund (dazu auch die Kritik in der radi 142). Nach der Niederlage 77 trat dann plötzlich das Konzept Westeuropäische Front in den Vordergrund (Vgl. interim 118): dieser Bruch wurde von der RAF nie ausreichend vermittelt.

In den Erklärungen zu den letzten beiden Aktionen (US-Botschaft, Rohwedder) fällt zur Westeuropäischen Front kein Wort. Ob bzw. warum die RAF dieses Konzept jetzt für gescheitert hält, bleibt unklar. Für uns ist das kommentarlose Wegfallen einer vorher nachdrücklich vertretenen Strategie Ausdruck von politischer Konzeptlosigkeit. Konzeptlosigkeit drückt sich in den letzten beiden Erklärungen auch aus in der wahllosen Anbiederung an alle möglichen Bewegungen und Gruppen in "aktuellen Auseinandersetzungen" (Rohwedder-Erklärung): von den Friedensbewegten (Erklärung zur US-Botschaft) über die "Protestbewegung in der Ex-DDR" (Rohwedder-Erklärung) bis zu den BesetzerInnen der Mainzerstr.

Die neue internationale Situation nach der Niederlage des Realexsoz und die politische Situation hier nach dem Anschlüß erfordert für die gesamte revolutionäre Linke eine Neubestimmung und Überarbeitung der bisherigen politischen Strategien und Analysen, ohne die linke militante Politik auch kontraproduktiv werden kann. Wir finden Christian Geisslers Kritik, wie er sie in der kamalatta flugschrift formuliert hat, in diesem Zusammenhang wichtig: Das Kräfteverhältnis, so wie es jetzt ist, heißt Niederlage und bedeutet, daß militante Politik neu bestimmt werden muß, wenn sie produktiv sein und im Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse eingreifen soll. Militanz, die unsere Niederlage verschleiert, ist Mythos, Lüge und letztlich kontraproduktiv.

ENTFREMDETE POLITIK

In der Rohwedder-Erklärung werden die gesellschaftlichen Veränderungen, die hier stattgefunden haben, zwar schlagwortartig angerissen, eine genaue politische Einschätzung der neuen Situation fehlt aber. Die herrschenden Verhältnisse, gegen die sich die Rohwedder-Aktion richtet, scheinen mehr oder weniger die gleichen zu sein wie vor zwanzig Jahren. Dem "Kaufrausch", "Geiern nach Konsum" und dem "Gehirnwäscheapparat" (Rohwedder-Erklärung) werden einfach "der Mensch", "das Leben", "die Natur", also quasi-authentische Werte, entgegengesetzt, die zurückerobert werden sollen, um "selbstbestimmt" leben zu können. Mensch sein erscheint so als etwas Ursprüngliches statt Gesellschaftliches und wird gar nicht mehr historisiert. Aus diesem Verständnis heraus gibt es dann auch nur zwei (homogene) Gruppen: "die oben" und "wir unten. Über unterschiedliche Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten wird einfach hinweggelogen, weil von Ausgebeuteten sowieso nicht die Rede ist, sondern nur reichlich diffus von einer "Masse der Erniedrigten und Beleidigten". Und statt die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse zu benennen werden den "Erniedrigten und Beleidigten" einfach die Yuppies gegenübergestellt, die ihre Seele dem Konsumterror verkauft haben, und so denen, die von ihrer "Selbstbestimmung" ohne Deo und Walkman träumen, ein Dorn im Auge sind. Wir halten das für ein völlig entfremdetes Bild von der gesellschaftlichen Realität: Die gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen so ahistorisch und starr und nicht mehr als ein sich ständig unter unseren Augen vollziehender Prozeß, in den wir verändernd eingreifen können. Die bewaffnete Aktion wird in diesem Zusammenhang zum Ausdruck entfremdeter Politik und der Angriff selbst zur anonymen Gewalt. Sie bleibt dadurch der Gesellschaft und damit auch den Beherrschten, die in ihren Kämpfen und in ihrem Jasagen Teil der Gesellschaft sind, (scheinbar) äußerlich.

Die Politik der RAF hat keinen gesellschaftlichen Ort mehr. In der Rohwedder-Erklärung wird das dadurch deutlich, daß das Terrain der Auseinandersetzung zwischen RAF und System ins Immaterielle, Nichtgesellschaftliche, nämlich in die Seelen der Menschen verlegt wird. Rohwedder (in der Erklärung durchaus das personifizierte Böse, wodurch der stumme Zwang der kapitalistischen Verhältnisse in seiner Wirkungsweise auch nicht unbedingt transparenter wird) bereitete angeblich den "Angriff auf die Seele der Menschen" in der Ex-DDR vor, um sie für das kapitalistische System zu deformieren:

"Kapitalstrategen, wie Rohwedder einer war, geht es darum, auch die Bedingungen für den Angriff auf die Seelen der Menschen und ihre tiefe Deformierung, die sie voneinander isoliert und scheinbar unüberwindliche Mauern zwischen ihnen aufbaut, zu schaffen."

Als Gegenstrategie wird in der Erklärung der Kampf um die Überwindung von "aufgedrückten Ohnmachtsgefühlen" und für eine "andere Wirklichkeit" propagiert. Im Kontext der nicht problematisierten gesellschaftlichen Isoliertheit der RAF bekommt diese "andere Wirklichkeit" nahezu zwangsläufig eine transzendente, religiöse Bedeutung. Das schon draußen stehen, das frei sein wollen von den gesellschaftlichen Verhältnissen hier,

der Mythos von den selbstbestimmt kämpfenden Subjekten, die den Bruch ganz und also für immer geschafft haben, kotzt uns an! Wir stecken alle hier drin, also auch jetzt in der Niederlage. In der kamalatta flugschrift schreibt Christian Geissler dazu:

"ich denk also
es wird auf unserer seite
so unnötig wie so tödlich gefährlich
ein mythos in unsere arbeit gebracht
das geheimnis vom besseren blick
laßt uns den aus der birne putzen
wir brauchen einander stinknormal
andauernd schlau"

RASSISMUS UND SEXISMUS

Tierisch geärgert hat uns wie in der Rohwedder-Erklärung mit den Auseinandersetzungen über Rassismus und Sexismus umgegangen wird. Sowohl Rassismus gegen Flüchtlinge und "die schon hier lebenden Ausländer" (also ImmigrantInnen) als auch "Frauenfeindlichkeit" in der DDR werden als Schlagworte einfach in einen Topf geschmissen. Dabei wird völlig unreflektiert mit den betroffenen Gruppen umgegangen. Rassismus und Sexismus werden außerdem nicht bezogen auf die aus ihnen resultierenden Widersprüche zwischen den "Erniedrigten und Beleidigten". Die RAF hat sich anscheinend weder die Mühe gemacht, genauer zu bestimmen wie sich die von Rassismus und Sexismus betroffenen Gruppen konstituieren noch wo die materiellen Ursachen für die zunehmende rassistische und sexistische Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung liegen. ImmigrantInnen und Flüchtlinge einerseits, Frauen andererseits werden wie homogene Gruppen behandelt. Es kann aber nicht angehen, die von Rassismus und Sexismus Betroffenen als zwei voneinander völlig verschiedene Gruppen festzuschreiben, weil das vom Ausmaß dessen, was da in der Ex-DDR (und auch in der früheren brd) gerade passiert, ablenkt und so die mehrfache Unterdrückung und Ausbeutung (z.B. von Immigrantinnen) wiedermal unter den Tisch fällt. Außerdem zeigt es einfach, daß die Auseinandersetzungen über Rassismus in Frauenzusammenhängen und über Sexismus in antirassistischen Zusammenhängen bei der RAF nicht angekommen sind.

Die Erklärungsversuche in Bezug auf die Ursachen des DDR-spezifischen Sexismus schlagen völlig fehl: Den Grund für "Frauenfeindlichkeit" in der DDR in der staatlich verordneten Gleichberechtigung zu sehen ist ein Schlag ins Gesicht für die Frauen in der Ex-DDR. DDR-spezifischer Sexismus läßt sich vielmehr ableiten aus der Propagierung der bürgerlichen Kleinfamilie, der offiziellen Ausblendung der "privaten" geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Behinderung autonomer Frauenorganisierung. Rassismus in der DDR wird gar nicht begründet - weder mit DDR-spezifischer rassistischer Arbeitsteilung, Ausbeutung und Ghettoisierung noch mit der Reklamierung deutschen Erbes statt einer wirklich internationalistischen Politik.

Für die BRD sind die Erklärungsmuster mindestens genauso einfach. Nachdem erst der Gleichstellungspolitik der SED die Schuld für DDR-Sexismus in die Schuhe geschoben wurde, geht es dann unvermittelt weiter:

"Auf der anderen Seite ist Rassismus und Frauenunterdrückung im kapitalistischen System nicht wegzudenken. (...)
Rassismus und Frauenunterdrückung sind für den imperialistischen großdeutschen Staat notwendig, weil er sich davon erhoffen kann, daß sich die Unzufriedenheit und Enttäuschung der Menschen <das sind dann ja wohl die weißen DDR-Männer> nicht gegen das System entlädt, sondern jeweils gegen die, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten stehen."

Rassismus und Sexismus werden so als bloße Ideologien im Dienste des großdeutschen Staates gesehen; und das ist nichts anderes als die alte Nebenwiderspruchsthese. Diese Bestimmung reicht so nicht aus und ist sogar falsch, wenn nicht herausgearbeitet wird, daß Rassismus und Sexismus eine materielle Basis haben. Für uns heißt das, daß die Auseinandersetzungen zu diesem Thema, die in den verschiedenen Zusammenhängen geführt werden, von den GenossInnen aus der RAF entweder fundamental nicht ernst genommen werden oder nicht wirklich verstanden wurden. Aber nur wenn diese Auseinandersetzungen miteinbezogen werden, wäre es überhaupt möglich, den Anspruch, "zur gemeinsamen Kraft zu werden" - wie er ja in der Erklärung nochmal formuliert wurde - auch einzulösen. Es reicht nicht aus, die Parolen zu übernehmen, um sich "einer Basis" zu versichern, wenn die Inhalte und Analysen, für die sie stehen nicht interessieren bzw. nicht verstanden werden. Außerdem wird das so zur Funktionalisierung der von Rassismus und Sexismus betroffenen Menschen.

"GEGENMACHT AUFBAUEN"

Auch wenn in den letzten beiden Erklärungen auf alle möglichen Gruppen Bezug genommen wurde, sind darin keine Ansätze für inhaltliche Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen enthalten. Die RAF propagiert als Zukunftsperspektive einfach: "Gegenmacht aufbauen", "mit konkreten Forderungen an aktuelle Auseinandersetzungen (...) intervenieren", "zum realen und spürbaren Faktor" und zur "gemeinsamen Kraft" zu werden. Wir konnten darin nur eine konzeptlose und wahllose Anbiederung an alle möglichen Gruppen erkennen. Eine neue Perspektive sehen wir darin nicht.

Die RAF hat sich lange genug als revolutionäre Avantgarde in der brd begriffen und wird von Teilen der revolutionären Linken ja immer noch dafür gehalten; das bedeutet allerdings eine bestimmte Verantwortung für die inhaltlichen Auseinandersetzungen, die schon längst geführt werden müßten. Das Mindeste wäre, daß die RAF zu den aktuellen Fragen Stellung bezieht, die mit ihrer eigenen Geschichte direkt zu tun haben: also z.B. zur Rolle der Befreiungsbewegungen im Trikont angesichts der veränderten internationalen Situation und zur Niederlage des Realexsoz - insbesondere zum Anschluß der DDR - und in diesem Zusammenhang zur inflationären Stalinismuskritik, die mittlerweile auch innerhalb der revolutionären Linken kaum noch politisch begründet wird.

Zum Schluß nochmal was Programmatisches aus der kamalatta flugschrift von Christian Geißler:

"und dies ist jetzt von uns zu verlangen
die lage genau so
zu nennen
ohne zu flennen
und aber auch ohne zu lügen vom siegen

wir haben verloren.
wir fangen neu an.
das ist alles.
aber wie fangen wir alles neu an?
wo seid ihr genossinnen und genossen?"

DIE WETTERKRÖTEN



Übergriffe des Staatsschutzes in Bonn

*Am 23.4.91 drangen sechs Beamte des Polizeilichen Staatsschutzes, des sogenannten Präsidialbüros II (früher 14.Kommissariat, K 14), in die Räume der Kneipe **BAZOOKA** in der Bonner Nordstadt kurz vor der Öffnung um 17 Uhr ein. Zuvor hatten sie den an diesem Tag dort arbeitenden Angestellten mit Handschellen gefesselt, da er sich nicht "kooperativ" gezeigt habe, und seine Begleiterin durchsucht. Es wurde ihnen nicht erlaubt, zu telefonieren.*

Als Begründung für ihr Vorgehen nannten die Bullen eine **"fernmündliche Anordnung der Bundesanwaltschaft"**, einen schriftlichen Durchsuchungsbefehl würden sie nicht benötigen, da "Gefahr im Verzug" sei. Sie verwiesen auf ein Ermittlungsverfahren wegen "des Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung" nach Paragraph 129a, das sich gegen die in Köln erscheinende linke Zeitung *agitare bene* richte. Nach einer halbstündigen Durchsuchung zogen die Staatsschützer mit zwei Exemplaren der *agitare bene* (Nr.40 und 41) wieder ab.
Federführend an der Durchsuchung beteiligt waren die beiden Bonner Staatsschutzbullen **Brenner** und **Brinker**. Diese beiden tun sich bei der Bespitzelung von Leuten aus linken Gruppen und Zusammenhängen besonders hervor, bei jeder Kundgebung, Demonstration oder Veranstaltung schnüffeln sie herum. Erst vor einer Woche war beispielsweise Brinker bei einer Durchsuchung der Wohnung eines Antifaschisten aus Troisdorf, dem die politische Polizei einen Angriff auf einen stadtbekannten Bonner Neonazi anhängen will, dabei.





Alle diese Durchsuchungen, Bespitzelungen und Übergriffe haben hauptsächlich einen Zweck: Menschen, die sich mit der profitorientierten Wirtschaftsordnung hier, der Ausplünderung der "3.Welt", Frauenunterdrückung, den Haftbedingungen in den Knästen, Rassismus und Naziterror nicht abfinden wollen und sich dagegen zur Wehr setzen, sollen dadurch eingeschüchtert und abgeschreckt werden. Linke Kneipen und Zentren, die ihnen als Treffpunkte dienen, in denen Veranstaltungen und Konzerte stattfinden, werden so kriminalisiert. Zeitunge wie die *agitare bene* aus Köln oder Infoblätter aus anderen Städten, die versuchen, eine andere Öffentlichkeit als der Einheitsbrei der Massenmedien herzustellen, soll auf diese Weise das Erscheinen erschwert oder unmöglich gemacht werden.
Dabei hat sich vor allem der § 129a des Strafgesetzbuches ("Werbung, Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung") als vielseitig verwendbares Instrument der Staatsschützer erwiesen, er wird immer wieder zur Rechtfertigung von Durchsuchungen und Festnahmen größtenteils bei Linken eingesetzt.

Wir werden uns jedoch von den Übergriffen der politischen Polizei nicht einschüchtern lassen! Deshalb ist es wichtig, daß möglichst viele Leute ihre Solidarität mit den davon Betroffenen zeigen. Denn:

Der Staatsschutz richtet seine Angriffe gegen einzelne, doch gemeint sind wir alle!

V.i.s.d.P Volker Windfuhr
Königswinterer Str.104 53 Bonn 3

Sinti und Roma

verfolgt, vernichtet bis heute diskriminiert

Die Ausgrenzung und Verfolgung der sogenannten 'Zigeuner' hat schon jahrhundertlange Tradition, die wahrend des Nationalsozialismus in der Vernichtung von über 200.000 Sinti und Roma ihren Höhepunkt fand.
Die Erfassung in "Landfahrerkarteien" nach 1945, tradierte Vorurteile und eine zunehmende Diskriminierung der aus Osteuropa flüchtenden Menschen erfordern eine Auseinandersetzung unsererseits, um ihnen gezielter Unterstützung zukommen zu lassen.



Diskussions- und Informationsveranstaltung / Videos am 11.5.1991 um 21 Uhr in der SFE/Mehringhof, Gneisenaustr.2a 1/61, anschließend Kiezdisco

palästina solidarität

DRINGENDER AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG
DER PALÄSTINENSERINNEN IN DEN BESETZTEN GEBIETEN

Die Ausgangssperre seit Beginn des Golfkrieges brachte den Handel und die Industrie in den Besetzten Gebieten zum Erliegen. Ein Großteil der diesjährigen Ernte ging verloren. Bis heute werden die PalästinenserInnen daran gehindert, ihrer Arbeit und Ausbildung nachzugehen.
Der Zugang zu den Arbeitsplätzen in Israel wird den PalästinenserInnen (ca. 110 000) in unregelmäßigen Abständen verboten. Dadurch ist die Armutsgrenze längst unterschritten. Durch die Einwanderung von bis jetzt 220 000 sowjetischen Jüdinnen und Juden (geplant ist die Einwanderung von insgesamt 2 Millionen) werden zehntausende von PalästinenserInnen aus ihren Arbeitsplätzen gedrängt.
Weiterhin wird durch die verstärkte Ansiedlung sowjetischer Einwanderer in den Besetzten Gebieten palästinensisches Land und Wasser beschlagnahmt. Soziale Verelendung, Arbeits- und Ausbildungslosigkeit, Ghettoisierung in der eigenen Heimat ("Homelands") für die PalästinenserInnen sind die Folgen der israelischen Besatzungspolitik!!!
Zehntausende PalästinenserInnen sind in israelische Gefangenenlager verschleppt worden, weil sie sich gegen Besatzung und Militärdiktatur zur Wehr setzen.
Darum benötigen die PalästinenserInnen unsere politische aber auch materielle Unterstützung.
Wir unterstützen ein Ausbildungsprojekt für holz- und metallverarbeitende Berufe für palästinensische Jugendliche in einem Dorf in der Westbank.
Für dieses Projekt sammeln wir seit längerem Geld. Wir haben einen Diavortrag über das Dorf, in dem wir die Ausbildungswerkstatt aufbauen, vorbereitet. Vielleicht ist es Euch im Rahmen Eurer Arbeit möglich, unser Projekt zu unterstützen. Wir würden Euch gerne unser Projekt anhand unseres Diavortrages vorstellen. Wenn Ihr Zeit und Interesse habt, meldet Euch bitte bei uns, macht einen Termin klar, wir kommen.

Palästina-Büro
im
Thomas-Weißbecker-Haus
Wilhelmstraße 9
1000 Berlin 61
☎ 2518539
Montag–Donnerstag 17–20 Uhr
Jeden Montag UnterstützerInnen-Plenum 18.30 Uhr

Spendenkonto
Stichwort:
Palästina-Solidarität
Postgiro Berlin West
BLZ 10010010
Konto-Nr. 327417-107
Wir unterstützen ein Ausbildungsprojekt für holz- und metallverarbeitende Berufe für palästinensische Jugendliche in einem Dorf in der Westbank.

Einladung für ein internes Treffen der Nah-Ost-Gruppen

Liebe Freunde/Freundinnen

Der Golfkrieg und seine Auswirkungen hat viele, teilweise widersprüchliche Entwicklungstendenzen der imperialistischen Weltmachtstrategien sichtbar werden lassen.
Der Kampf der Imperialisten, der Herrschenden untereinander um die Weltmacht und den militärisch abgesicherten Zugriff auf die Bodenschätze der Völker der " dritten Welt ", (insbesondere des Nahen Ostens) haben für die Befreiungskämpfe der Völker des Nahen Ostens bedeutende, existenszielle Auswirkungen.
Der Kampf um Befreiung von militärischer Unterdrückung und Besatzung sowie politisch-wirtschaftlicher Abhängigkeit von den reichen Industrieländern -
Für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Völker und Menschen sind die gemeinsame Grundlage des Befreiungskampfes.
Hierin liegt die besondere und schwierige Aufgabe der demokratischen und revolutionären Menschen und Organisationen in den Ländern des Nahen Ostens.
Auf der einen Seite die reichen, imperialistischen Industrieländer und auf der anderen Seite die undemokratischen, reaktionären und faschistischen Regime in Nah-Ost.
Erschwerend zu diesen Bedingungen sind die Auswirkungen der Auflösung des Ost-Blocks als Gegengewicht zum kapitalistischen West-Machtblock.
Der politisch-wirtschaftliche Durchmarsch der West-Imperialisten unter militärischer Führung der USA hat zu einer weitgehenden Einstellung der materiellen, finanziellen und politischen Unterstützung der Befreiungsbewegungen geführt.

Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit einer neuen globalen politischen Einschätzung, Neu-Orientierung, Suche nach neuen Bündnispartnern und engere Zusammenarbeit des internationalen Widerstandes.
Entscheidende, lebensnotwendige Grundlage für die Kontinuität unseres Widerstandes unter den sich verändernden Bedingungen ist die Einheit und Gemeinsamkeit unseres Widerstandes.
Allen Versuchen der Herrschenden uns zu spalten, an die einen Zugeständnissee machen , an die anderen nicht, uns in der Weltöffentlichkeit in gute und schlechte Befreiungsbewegungen spalten zu wollen, müssen wir unsere Einheit für unsere gemeinsamen Ziele entgegenstellen.
Sowie die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Herrschenden global, international und zentral gesteuert wird, so muß auch der Widerstand der Menschen dagegen organisiert werden.
Wenn wir den " neuen Weltordnungsplänen" der Imperialisten etwas entgegenstellen wollen, dann kann es nur unsere Einheit, Gemeinsamkeit in unserem internationalen Widerstand sein.
Der Weg dorthin ist schwierig, viele Hindernisse und Widersprüche zwischen den demokratischen und revolutionären Organisationen müssen dafür noch aus dem Weg geräumt werden.



Jeder nationale Befreiungskampf hat seine eigene nationale Entwicklungsgeschichte, seine nationalen Besonderheiten, die von der Repression im Land und vom Bewußtseinsstand und Organisationsgrad der Bevölkerung und des Widerstandes abhängig sind..
Der lokale ,nationale Widerstand sind die Wurzeln des Baumes, wie das Wasser für den Fisch, doch ohne eine internationale Koordinierung und gegenseitige Unterstüzung wird unserer Widerstand durch die Spaltungsstrategien der Herrschenden leicht angreifbar.
Wir müssen unsere unterschiedlichen politischen Einschätzungen über Strategie und Taktik auf den größtmöglichen gemeinsamen Nenner **stellen** !!!
Aktuell und konkret bedeuted es, daß die Menschen, Völker und Organisationen die schon seit jahrzehnten gegen Kolonialismus und Unterdrückung im Nahen Osten kämpfen, allen voran die Kurden und Palästinenser trotz unterschiedlicher Einschätzungen sich nicht spalten lassen dürfen.
Sondern konkret hier in Berlin sich gegenseitig unterstützen müssen, öffentlich einen gemeinsamen, politischen Kampf gegen Krieg, Kolonialismus, gegen reaktionäre, faschistische Regime führen.

Wir bitten und fordern aus diesen Gründen den palästinensischen und kurdischen Widerstand auf ihre Differenzen solidarisch zu klären und die Gemeinsamkeit ihrer Ziele in einer gemeinsamen internationalistischen Erklärung mit gemeinsamen politischen Forderungen in einem gemeinsamen Flugblatt und Plakat auf einer gemeisamen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht des Kurdischen und palästinensischen Volkes, deutlich zu machen.

Das folgende Treffen zu dem die Unterzeichner einladen soll die Voraussetzungen für ein gemeinsames Flugblatt, Plakat, Veranstaltung und Demonstration möglich machen.

Für einen internationalen, revolutionären Widerstand

Vorbereitungstreffen

Sonntags 18 Uhr im Paläsina Büro

FÜR EIN BEFREITES KURDISTAN
-FÜR EIN BEFREITES PALÄSTINA

PALÄSTINA - KÄMPFT FÜR SEINE FREIHEIT

Seit Dezember 1987 wehrt sich die palästinensische Bevölkerung in der Westbank, dem Ghaza-Streifen und Ostjerusalem mit einem Volksaufstand, der Intifada, gegen die israelische Besatzung und fordert einen eigenen palästinensischen Staat.

**PALÄSTINA BÜRO IM THOMAS-WEISSBECKER-HAUS, WILHELMSTR. 9
1000 BERLIN 61, Tel.: 251 85 39, (U-Bahnhof Hallesches Tor)**

Interim-Kritik



Werte Interims

1.Mai hin und her, ich möchte vermeiden, daß eine wichtige Kritik an euch deswegen untergeht. Ich beziehe mich auf auf den Artikel "für eine revolutionäre Organisierung" und eure Antwort darauf in der Interim 144. Daß ihr eure Antwort vor die Kritik stellt, empfinde ich als ungewöhnlich und peinlich. Mir fällt dazu nur der Sinn ein, den Leser/innen eure Sicht zu präsentieren, bevor es kritisch wird.
Ich überlege schon seit einiger Zeit, euch was zu schreiben, weil mir einige Kommentare und Vorworte der letzten Ausgaben ganz schön auf den Senkel gehen. Mich nerven dabei weniger politische Positionen von euch - was eine Genauigkeit darin betrifft haltet ihr damit nämlich meistens hinterm Berg und setzt umso mehr bei anderen voraus - sondern der Ton den ihr anschlagt. Ich selbst war davon noch nicht betroffen, aber ich kann mir beim einfachen Lesen gut vorstellen, daß Leute tierisch sauer und verletzt werden von eurem Zynismus und eurer Arroganz.
Ab einem gewissen Punkt finde ich es legitim, mit euch keine solidarische Auseinandersetzung mehr zu führen, z.B. wenn ich in der Haut der Autonomen Kommunist/innen stecken würde, auf die ihr es besonders abgesehen zu haben scheint. Für mich zählen diese Leute auch zu der "Szene", von der ihr zuweilen sprecht. Kann sein, daß ihr darunter einen anderen Personenkreis und andere politische Positionen zählt. Allerdings weiß ich, daß die Interim für einige Leute als "unsere Zeitung" schon abgegessen ist, und für mich sind das Genoss/innen die ich sowohl persönlich wie auch politisch ernst nehme, auch wenn ich einige wesentliche Unterschiede klar bewußt sind. Ich finde eine solche Entwicklung Scheiße, und deshalb möchte ich euch sehr bitten, die Kritik an euch ernster zu nehmen.
Die Kritik in der Interim 144 trifft für mich den Nagel auf den Kopf. Ich könnte jetzt noch einige Beispiele mehr aufführen, aber im Prinzip geht es um das gleiche. Entweder habt ihr sie nicht verstanden oder ihr seid tatsächlich schon so abgedreht, daß ihr euch darüber erhaben fühlt.
Kritisiert wurde eure Arroganz an mehreren Punkten gegenüber Positionen, die ihr nicht teilt. Es ging nicht darum, daß ihr eine andere Position habt, sondern daß ihr über eine andere herzieht, ohne sie veröffentlicht zu haben. Kritisiert wurde außerdem, daß ihr unverantwortlich mit dem euch zugeschickten Material umgeht, z.B. indem ihr den einzigen Beweis dafür, daß jemand ein Spitzel ist, nicht zur Kenntnis nehmt und nichtmal in den Ordner legt. Kritisiert wurde das Verhältnis zwischen eurem Anspruch an die Interim und eure Arbeit, und eurer tatsächlichen Praxis dabei.



Ihr antwortet mit einem Zitat von euch, das 2 Jahre alt ist und in dem ihr die Schwierigkeiten eurer Arbeit voraussеht. Auf die konkrete Kritik geht ihr in einem läppischen Nebensatz ein, der dazu noch in Klammern steht. Ihr stellt euch einfach hin und erzählt, "es sei hier erstmal außer acht gelassen", ob die Kritik an euch berechtigt ist oder nicht. Ansonsten geht ihr auf rein gar nix ein, aber in den Vorworten diverser Ausgaben strotzt ihr von Selbstbewußtsein und Schlauheit. Daraus kann ich nur schließen, daß auch diese Leute euch nicht wert sind, ernstgenommen zu werden, so daß ihr ihnen konkret antwortet. Ihr scheint auf einen Bonus innerhalb eurer "Szene" zu setzen, der euch von einer korrekten Antwort "erstmal" befreit. Ihr übersеht dabei, daß ihr ein Teil dieser "Szene" seid - nicht mehr - und daß ihr seit einiger Zeit dazu übergeht, andere Teile mit euren Kommentaren geringschätzig abzuwerten bzw. für eure Position auszuschlachten.

Ich finde ihr vergeßt auch, daß euch als Redaktion einiges von anderen Leuten unterscheidet. Als erstes ist es die Macht die ihr habt. Sie ist zwangsläufig, gehört zu eurer Arbeit und es ist bestimmt schwierig, damit korrekt umzugehen. Mit korrekt meine ich eine gewisse Toleranz zu bewahren, d.h. zuerst bei sich selber dem in der "Szene" verbreiteten Scheuklappendenken entgegenzuwirken. Oder eine Vielfalt von Meinungen und Positionen zuzulassen, auch wenn sie euch nicht passen. Ihr solltet ruhig etwas mehr darauf vertrauen, daß eure Leser/innen auch eigenständig denken können und daß eine Diskussion besonders dann lebhaft wird, wenn die extremen Positionen nicht einfach weggeschlossen werden.
Die Kritik in der Interim 144 hab ich so verstanden, daß ihr anfangt, eure Macht zunehmend zu mißbrauchen. Ihr könntet z.B. das Papier der Autonomen Kommunist/innen kommentarlos in den Ordner legen wie viele andere Papiere, aber ihr führt stattdessen die Leute regelrecht vor. Ich hab in der Zwischenzeit auch im Ordner gesucht und nix gefunden. Dafür gab's in der nächsten Interim 142 die beiden Absätze der Kritik an euch (die ihr vollständig auch nicht veröffentlicht habt). Dazu schreibt ihr, ihr würdet euch "erlauben", diese Absätze "aus dem Zusammenhang zu reißen". Gefragt habt ihr bestimmt nicht.
Ich finde diese Art stinkend überheblich und einen klaren Machtmißbrauch. Ihr nehmt zwei böse Absätze, veröffentlicht sie nebst Kommentar in eurem Sinne mit einer gewissen Auflage, und scheint es für selbstverständlich zu halten, daß der ganze Text eh niemand mehr interessiert, wenn schon die tollen Interims darüber grölen. Stellt euch mal einfach vor, wie für euch dann der Satz kommen würde "den Durchbruch überhaupt nicht geschafft" haben mal wieder die Autonomen Kommunist/innen. Das ist

absolutes Showmaster-Getue, eine Sauerei. Da kommt nur rüber, daß die Götter und Göttinnnen von der Interim sich oben auf dem Thron einen Spaß machen mit - für mich - Genoss/innen.
Zurück zu eurer Antwort in der 144. Ihr zitiert euch selbst: "Wir glauben, daß ein Spiegelbild die Bewegung vorantreiben kann, wenn es kein schönfärbender Schneewittchen Spiegel ist, sondern eben ein schonungsloser Spiegel, der Fragen unausweichlich macht".
Den Anspruch finde ich verständlich und gut, nicht nur willenlos eine Zeitung zu machen, sondern Widersprüche zu suchen und zu provozieren. Aber ich frage mich an den konkreten Beispielen, wie ihr den Anspruch umzusetzen gedenkt. Gehören für euch Autonome Kommunist/innen demnach nicht zur Bewegung, oder Leute, die was gegen Spitzel unternehmen? Auf der Straße vor dem 1. Mai sehe ich viele Plakate von Autonomen Kommunist/innen auch in türkischer Sprache. Wie deffiniert ihr "die Bewegung" positiv, mal abgesehen davon welche ihr davon ausschließt? "Schonungslos" kann doch nicht bedeuten, daß ihr etwas wegsperrt, worüber es eher eine Auseinadersetzung geben sollte.
Wenn euch dann "Hetze à la Faz-Taz" vorgeworfen wird, wäre es nicht das erste mal. Wenn euch Leute auf diese Art beschimpfen seid ihr beleidigt, weil es nicht der feine Ton ist. Aber der Vorwurf der Zensur wir nicht nett bei einer Tasse Tee vermittelt, besonders nicht gegenüber Leuten, die dich in der "Szene"-Öffentlichkeit lächerlich machen wollen.
Ich fände es für die Zukunft besser, wenn ihr euch nicht als eine Instanz aufspielt, die ihr für viele nicht seid. Ich kann mir als Leser selbst eine Meinung bilden, aber dazu brauch ich den Rohstoff, auch wenn er sich mit eurer Position fetzt. Und eure Kommentare zu nicht abgedruckten Texten solltet ihr echt streichen.
Im übrigen fänd ich's gut, wenn ihr euch etwas genauer mit der Kritik an eurem Umgang mit anderen beschäftigt. Ihr formuliert anderen gegenüber oft genug die Ansprüche oder lacht euch einen Ast mit Zynismus, also solltet ihr auch bei euch selbst mal nachschauen. Dann ist das keine Antwort, wenn ihr die Probleme und Widersprüche eurer Zeitungsarbeit beschreibt, die zweifellos wichtig ist für viele. Es hilft auch wenig, wenn ihr Leuten die sauer auf euch sind und das konkret erklären entgegenhaltet, daß ihr selbst auf ganz andere sauer seid wegen dem Zensurvorwurf.
Ich wünsche euch sehr, daß ihr eure Brille etwas mehr öffnet und nicht so abgeht wie etliche Zeitungen vor euch.
Um Mißverständnisse zu vermeiden: ich bin weder mit den Vefasser/innen der Kritik in der 144 noch mit Autonomen Kommunist/innen verwandt oder verschwägert...

Heino



TERMINE

Fr. 10.5.
20.00
FRAUENTREFFEN zur Frauenarbeislosigkeit
Wir treffen uns jeden zweiten Freitag im Falckeladen,Falckensteinstr.46

Sa. 11.5.
22.00
Kiezdisco "Was wahr ist, wird auch in Zukunft geschrieben, gesetzt, gedruckt undvertrieben" im SO 36

21.00
"Die rote Zone" (Video) im Zusammenhang mit dem Aktionstag der besetzten Häuser gegen EG 92 über die sozialen Kämpfe in den europäischen ArbeiterInnen-Regionen
Infoladen DANEBEN, Rigaer Str. 84 (Friedrichshain)

21.00
Reggae-Konzert im Palästina-Büro/ Tommy-Weißbecker-Haus

So. 12.5.
20.00
Film im EX: "Milagro oder der Krieg im Bohnenfeld"
Eine revolutionäre Utopie

21.00
"Hausbesetzung in Vancouver" (Film) - mit solidarischen Grüßen
und Diskussion zur Mainzer Straße
im Video-Kino ANSCLAG, Kreutziger Str. 18(Hof)/Friedrichshain

19.00
Reisebericht aus dem Irak nach dem Golfkrieg (mit Dias)
im UMSTURZ, burgsdorfstr./Sparrplatz

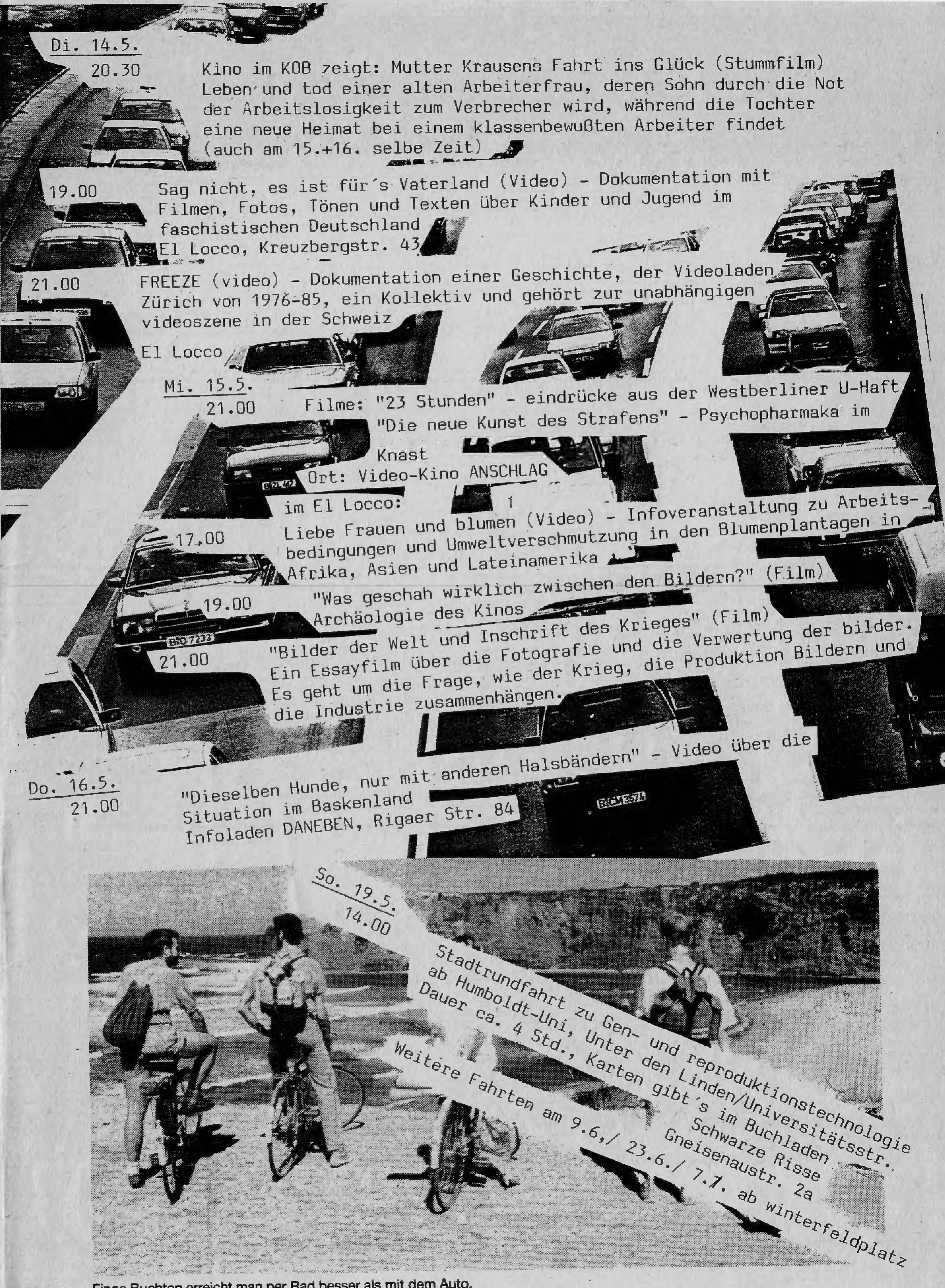
Montag 13.5.91 um : 18.30
Mathematikgebäude der TU, Strasse des 17.Juni

Τρίτη 14.5.91 στην ελληνική γλώσσα
Η "εξέγερση" της νεολαίας και οι πολιτικές εξελίξεις

Griechenland

Informationsveranstaltung
zur aktuellen politischen Situation

Mo. 13.5.
Redaktionsschluß INTERIM



Di. 14.5.
20.30 Kino im KOB zeigt: Mutter Krausens Fahrt ins Glück (Stummfilm) Leben und tod einer alten Arbeiterfrau, deren Sohn durch die Not der Arbeitslosigkeit zum Verbrecher wird, während die Tochter eine neue Heimat bei einem klassenbewußten Arbeiter findet (auch am 15.+16. selbe Zeit)

19.00 Sag nicht, es ist für's Vaterland (Video) - Dokumentation mit Filmen, Fotos, Tönen und Texten über Kinder und Jugend im faschistischen Deutschland
El Locco, Kreuzbergstr. 43

21.00 FREEZE (video) - Dokumentation einer Geschichte, der Videoladen Zürich von 1976-85, ein Kollektiv und gehört zur unabhängigen videoszene in der Schweiz
El Locco

Mi. 15.5.
21.00 Filme: "23 Stunden" - eindrücke aus der Westberliner U-Haft
"Die neue Kunst des Strafens" - Psychopharmaka im Knast
Ort: Video-Kino ANSCHLAG

im El Locco:
17.00 Liebe Frauen und blumen (Video) - Infoveranstaltung zu Arbeitsbedingungen und Umweltverschmutzung in den Blumenplantagen in Afrika, Asien und Lateinamerika

19.00 "Was geschah wirklich zwischen den Bildern?" (Film)
Archäologie des Kinos

21.00 "Bilder der Welt und Inschrift des Krieges" (Film)
Ein Essayfilm über die Fotografie und die Verwertung der bilder. Es geht um die Frage, wie der Krieg, die Produktion Bildern und die Industrie zusammenhängen.

Do. 16.5.
21.00 "Dieselben Hunde, nur mit anderen Halsbändern" - Video über die Situation im Baskenland
Infoladen DANEBEN, Rigaer Str. 84

So. 19.5.
14.00
Stadtrundfahrt zu Gen- und reproduktionstechnologie ab Humboldt-Uni, Unter den Linden/Universitätsstr., Dauer ca. 4 Std., Karten gibt's im Buchladen Schwarze Risse Gneisenaustr. 2a
Weitere Fahrten am 9.6,/ 23.6./ 7.7. ab winterfeldplatz

Einge Buchten erreicht man per Rad besser als mit dem Auto.

FÜR DIE SELBSTBESTIMMUNG DES KURDISCHEN VOLKES

- kein zweiter Gazastreifen
- für den Sturz des irakischen Terrorregimes
- gegen die Völkermordpolitik der Türkei
- keine Abschiebung von KurdInnen

Wo bleibt die Linke?



Diskussion und Film

VERANSTALTUNG 14.Mai 1991 19 Uhr im HALK EVI

KOTTBUSSER DAMM 74 1 BERLIN 61 U-BAHNHOF HERMANNPLATZ

Autonome Gruppe, Asyl e.V., Kurdistan AG des AStA-FU, MedizinerInnen